

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS

Internationale Revue

Herausgegeben von Professor Dr. R. Broda-Zürich

10. JAHR

Juli 1917



Publikations-Organ des Instituts für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen und Organ des Bundes für Menschheitsinteressen und :: Organisierung menschlichen Fortschritts ::

Akademische Buchhandlung von Max Drechsel in Bern

Jährlich 4 Hefte für 6 Fr. (7 Mk. 50 Pfg.). Mit d. Beilage „Dokumente d. völkerrechtl. Entwicklung“: 8 Fr. (10 Mk.) Einzelhefte der „Dokumente des Fortschritts“ Fr. 1.50 (2 Mk.).

INHALT:

DIESES HEFT IST VORNEHMLICH DEN FRAGEN DES
RECHTSLEBENS UND DER GESETZGEBUNG GEWIDMET.

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Die Zukunft des Völkerrechts nach dem Kriege. (Eine Rundfrage an mehrere Deutsche Hochschullehrer.) | 115 |
| PROF. DR. R. BRODA, Zürich: Sanktionen des Völkerrechts | 116 |
| Chronik: a) Die Wechselwirkung zwischen dem Krieg und den Formen der Staatsverfassung | 119 |
| b) Neubildungen im Rechtsleben | 120 |
| W. PAMPFER, Zürich: Politische oder soziologische Aufklärung | 121 |
| LEOPOLD KATSCHER, Bern: Eidgenössische Gesetzesbestimmungen über uneheliche Kinder | 124 |
| MARIE KOSCINSKA, Breslau: Der Männermangel nach dem Kriege, seine Gefahren und seine Bekämpfung | 127 |
| DR. A. FOREL, ehem. Professor an der Universität Zürich: Fortschritte der Alkoholverbotsgesetzgebung vor dem Kriege und während des Krieges . | 130 |
| DR. JULIAN REICHESBERG, BERN: Das Wohnungsproblem in seiner sozialpolitischen Bedeutung | 136 |
| ADOLF STOCKSMAYR: Spiel- und Uebungsplätze für Kinder | 153 |
| Chronik sozialer Reform | 156 |



DEN UMSCHLAG ZEICHNETE LUCIAN BERNHARD.

DIE ZUKUNFT DES VÖLKERRECHTS NACH DEM KRIEGE.

(Eine Rundfrage an mehrere deutsche Hochschullehrer.)

Antwort von Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Nieden, Professor an der Universität Jena:

Auf Ihre Anfrage vom 30. April kann ich Sie im Wesentlichen nur auf meine Schrift: „Der Krieg und das Völkerrecht“, Jena, Verlag von Gustav Fischer, 1915, verweisen, in der ich die von Ihnen gestellte Frage, ob nach den Erfahrungen des Krieges eine Fortentwicklung des Völkerrechts zu erwarten ist, vom wissenschaftlichen Standpunkt aus beantwortet habe. Die seit 1915 weiter gemachten Erfahrungen können mich in meiner Annahme, dass das Völkerrecht sich auch nach dem Kriege weiter entwickeln wird, nur bestärken. Man muss sich, um Enttäuschungen zu vermeiden, nur vor dem Irrtum hüten, als könne man Völkerrecht einfach dekretieren. Nicht das wird wirkliches Recht, was von den Delegierten zu einer Konferenz beschlossen wird, sondern nur das, was aus der wirklichen Ueberzeugung der Völker heraus geboren wird. Danach wird man immer nur auf allmähliche Fortschritte rechnen dürfen und wird vorläufig schon damit zufrieden sein dürfen, die Entwicklung dahin zu beeinflussen, dass das, was man irrigerweise vor dem Kriege schon für wirkliches Recht hielt, jetzt wenigstens dazu wird.

* * *

Antwort von Hofrat von Leutner, Professor an der Universität Innsbruck:

Ich erachte die Erneuerungsarbeit im internationalen Rechtsgebiete ungeachtet der betrübenden Erfahrungen dieses Krieges nicht nur für möglich, sondern für dringend geboten.

Da ich erst vorgestern in den Besitz des geschätzten Rundschreibens gelangte, gebrach es mir an Zeit, meine Ueberzeugung einlässlich zu motivieren und in Anerkennung dessen, was früher gut und gemeinnützig war, in Kürze darauf hinzuweisen, was in Zukunft besser gemacht werden sollte. Die Zeit drängt. Wenn das Widerrechtliche lange genug währt, wird es am Ende zum Recht und dem ist jetzt schon vorzubeugen. Es wird mir zur Ehre und Freude gereichen, wenn meine Darlegungen, selbstverständlich nach Inhalt und Form prägnant, in den Dokumenten des Fortschritts oder in einer andern ihrer Zeitschriften zum Abdruck gelangen würden.

* * *

Antwort von Dr. Heilborn, Professor an der Universität Breslau:

Nach Ihrer, mich sehr ehrenden Anfrage vom 30. 4. 17, scheint es Ihnen zweifelhaft, ob eine Fortentwicklung des Völkerrechts nach den Erfahrungen des Weltkrieges wünschenswert sei. Wie das Straf-

recht trotz aller täglich begangenen Verbrechen nicht aufhört, geltendes Recht zu sein, so nehmen auch Verletzungen des Völkerrechts ihm diesen Charakter nicht. Wer den Fortschritt der Menschheit erstrebt, muss m. E. auch nach dem des Völkerrechts trachten. Natürlich ist Völkerrecht nicht das, was am Schreibtisch wohlmeinender Philanthropen eronnen wird, sondern was in der Praxis des Staatslebens sich als Recht durchsetzt.

Ich wünsche nicht nur den Fortschritt des Völkerrechts, sondern ich glaube auch an ihn. Die Lügen und Verleumdungen, mit welchen unsere Feinde, namentlich in Genf und in England, uns bewerfen, müssen doch einmal in ihrer Nichtigkeit offenbar werden. Und ebenso muss die Tünche schwinden, welche unkritischen Augen die Vorgangsweise der grande nation verschleiert. Dann wird man das Messen mit zweierlei Mass nicht mehr Neutralität nennen und den Einklang der deutschen Vergeltungsmassregeln mit dem Völkerrecht anerkennen.

* * *

Antwort von Dr. Karl Neumeyer, Professor an der Universität München:

Wenn mich auch ein weiter Abstand von den Anschauungen dieser Blätter trennt, so benütze ich doch gerne die Gelegenheit, mich nachdrücklich zum Völkerrecht zu bekennen. Zu dem Völkerrecht der Gegenwart und zu demjenigen der Zukunft. Denn es ist nicht richtig, dass in diesen harten Zeiten das Völkerrecht in Scherben gegangen wäre. Die Besserung der Schäden allerdings, die es in manchen Teilen genommen hat, und seine Weiterbildung wird nicht möglich sein, ohne dass die berufenen Vertreter des Gegenstands aus den heute feindlichen Staaten sich wiederum zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Und das hat eine unerlässliche Voraussetzung bei allen: Den Willen zur Wahrheit.

PROFESSOR DR. R. BRODA, BERN: SANKTIONEN DES VÖLKERRECHTS.



Die öffentliche Meinung in allen kriegführenden Ländern hat ihr Vertrauen und ihre Sympathie für die Entwicklung des Völkerrechts in hohem Masse eingebüsst. Man stellt fest, dass seine Institutionen, vor allem der Haager Schiedsgerichtshof, den Krieg nicht haben verhindern können, dass Neutralitätsverträge, Völkerrechts-Satzungen über den Schutz des Seeverkehrs, dass das ganze Kriegerrecht der beiden Haager Konferenzen in unzähligen Fällen durchbrochen worden sind. Nahe liegt darum der Schluss, dass das Völkerrecht überhaupt keine ernste Belastungsprobe vertragen, dass es unfähig sei, die von ihm erhofften Wirkungen hervorzubringen, und dass

man den Schutz seiner Interessen eben mit andern Mitteln, mit denen überlegener Machtentfaltung anstreben müsse.

Die oberwähnten Feststellungen sind zum Teil — jedoch nicht sämtlich — richtig. Immerhin wurden wichtige, kriegsrechtliche Regeln über Schutz der Verwundeten im Landkrieg, Gefangenen-Behandlung, Schonung der Bevölkerung in den eroberten Gebieten, in vielen Fällen beobachtet, viel zweckloses Leid hat vermieden werden können. Allerdings handelt es sich da meist um Grundsätze, welche strikten Mitleids-Prinzipien entsprachen und keine wichtigen Interessen der betreffenden Militärmacht berührten. Wo solche wirkliche Interessen mit Völkerrechts-Prinzipien in Konflikt gerieten (so die für England lästigen Einschränkungen des Blockaderechts, die belgische Neutralität usw.), da ist die Rücksicht auf das Völkerrecht hinter das Eigen-Interesse der Staaten zurückgetreten. Auch die fakultativen Schiedsgerichts-Institutionen sind in den Tagen vor Ausbruch des Weltkrieges wohl von einigen Staaten angerufen, ihre Kompetenz ist aber von andern Staaten abgelehnt worden, sie haben keinerlei nützliche Rolle spielen können.

Trotzdem dürfte die Schlussfolgerung, dass das Völkerrecht als solches wertlos sei, als voreilig erscheinen. Es fehlten ihm bloss die entsprechenden Machtgarantien für die Befolgung seiner Prinzipien. Man hat einen zu grossen Unterschied zwischen dem Völkerrecht einerseits, dem Staatsrecht, Zivil- und Strafrecht anderseits bewahren wollen. Für die letzteren Rechtsgebiete ist sich jedermann klar darüber, dass die Aufstellung von Rechtsgrundsätzen nicht genügt, dass auch eine Macht vorhanden sein müsse, um ihre Nichtbefolgung zu verhindern. Die Moral appelliert bloss an den guten Willen der Menschen. Das Recht hat wohl am sich entwickelnden Rechtsempfinden eine Stütze, aber im Hintergrunde steht immer die überlegene Macht des Staates, welche jede Selbsthilfe verhindert, welche es nicht dem guten Willen der Bürger anheimstellt, seine Gesetze anzurufen, sondern sie zwingt, ihre Entscheidung einzuholen und sie zu befolgen. Das Völkerrecht dagegen hat sich bisher nach Art der Moral damit begnügt, alles dem guten Willen der betreffenden sozialen Gruppen anheim zu stellen. Wohl hat man Schiedsgerichte errichtet, aber den Parteien blieb es frei, sich an sie zu wenden oder den Weg der Selbsthilfe zu beschreiten; wohl hat man Verträge geschlossen und allgemeine Regeln des internationalen Zusammenlebens vereinbart, aber keine internationale Behörde wacht bis jetzt über ihre Einhaltung. Keinerlei Machtmittel internationalen Charakters stehen den Machtmitteln der einzelnen Staaten gegenüber.

Dieses sanktionslose Völkerrecht hat allerdings Schiffbruch gelitten. Soll das Völkerrecht weiterhin eine segensreiche Wirksamkeit entfalten können, so müssen völkerrechtliche Sanktionen in ähnlicher Weise wie die Sanktionen des bürgerlichen und Strafrechts geschaffen werden.

Zunächst wird es sich darum handeln, den Haager Schiedsgerichtshof mit seinen fakultativen Kompetenzen in einen ordentlichen Gerichtshof umzuwandeln. Künftig wird es jedem Staate freistehen müssen, einen Streitfall vor diesen Gerichtshof zu bringen, ohne dass es im Belieben der Gegenpartei bliebe, sich der Verhandlung zu entziehen.

Auch die Urteile selbst werden obligatorischen Charakter erhalten müssen, wichtiger jedoch ist der Zwang zur Anrufung des Gerichtshofes. Denn auch die bisherige Praxis des bisherigen Gerichtshofes kennt keinen Fall der Nichtbefolgung gefällter Urteile. Die öffentliche Meinung der Kulturwelt hat sich in dieser Richtung immerhin als eine Schutzwehr von gewisser Tragfähigkeit erwiesen. Man hat nur eben in ernsten Fällen abgelehnt, die Streitfälle durch den Gerichtshof entscheiden zu lassen und Selbsthilfe vorgezogen. Dies muss in Zukunft als Aufrühr gegen die Staatengemeinschaft und ihren allgemeinen Landfrieden gekennzeichnet und mit den gemeinsamen Machtmitteln sämtlicher Mitglieder des Staatenverbandes verhindert werden. Eine internationale Exekutivgewalt ist es also, die in erster Linie Not tut. Am besten wäre sie nach dem Muster des Bundesrates der bestehenden Staatenverbände und Bundesstaaten, wie etwa der Schweiz, zu organisieren und auch mit Verwaltungskompetenzen bezüglich der den verschiedenen Staaten gemeinsamen Interessenkomplexe auszustatten. Will man aber für den Anfang diese Antastung des zum Fetisch gewordenen Ideals der einzelstaatlichen Souveränität vermeiden, so kann man sich zunächst auch mit der Errichtung des Staaten-Gerichtshofs einerseits und eines Ausschusses von Vertretern der einzelstaatlichen Regierungen anderseits begnügen, welche in Interessen-Konflikten, die sich nicht zur Behandlung durch den Gerichtshof eignen, vermittelt, dieselben gegebenen Falls entscheidet und gegenüber eventuellen Versuchen der Selbsthilfe die Streitmittel aller Mitglieder der Staatengemeinschaft zur Abwehr aufbietet.

Ähnliche Grundsätze schienen speziell im vergangenen Spätherbst und Winter nahe der allgemeinen Anerkennung zu stehen. Der deutsche Reichskanzler hat am 9. November die Bereitwilligkeit des deutschen Reiches für die Teilnahme an einem solchen Friedensbund der Völker ausgesprochen. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat sich für Durchführung der Grundsätze der „League to enforce peace“ ausgesprochen. Seither hat der Weltkrieg mit neuer Schärfe eingesetzt, sind wieder viele Hoffnungen des Waffensieges, der Friedenssicherung durch überlegene, eigene Macht emporgeflammt. Aber die Zeit wird kommen, wo man das Gleichgewicht der Kräfte wieder ebenso fühlen und anerkennen wird, wie bereits um die Jahreswende, und dann wird man neuerdings Interesse an der Schaffung von völkerrechtlichen Methoden für Verhinderung neuer Kriege nehmen. Das Völkerrecht wird aus der Weltkrise nicht gebrochen hervorgehen, sondern eine ganz neue Entwicklung nach aufwärts vor sich sehen!

CHRONIK

DIE Wechselwirkung zwischen dem Krieg und den Formen der Staatsverfassung.

Es ist nicht leicht, die wirre Fülle der neuen Gestaltungen im Staatsrecht der verschiedenen Länder, wie sie der Krieg mit sich gebracht hat, nach einheitlichen Gesichtspunkten zu ordnen und zu erfassen. Der Fall der russischen Revolution weist auf Kräfte hin, die, vom Krieg ausgehend, zur Demokratie zu drängen scheinen. Die Bändigung der öffentlichen Meinung durch Belagerungszustand und Zensur, wie sie andererseits der Krieg in allen Ländern mit sich gebracht hat, sowie die Militarisierung Englands und Amerikas, die ganz volksfremde Autoritätsgedanken auch dort zur Herrschaft gebracht hat, deuten in ganz der entgegengesetzten Richtung.

Vielleicht lässt sich jedoch schon eher eine logische Gesetzmässigkeit auffinden, wenn man beachtet, dass die Erstickung aller Regungen demokratischer Selbstbestimmung hauptsächlich den ersten Stadien des Krieges eigen war. Auf dem europäischen Festland kommt vor allem der Sommer und Herbst 1914 in Frage, in England auch das Jahr 1915 und in Amerika die Zeit nach seinem Kriegseintritt, also das Jahr 1917 und vermutlich noch eine ähnlich lange Zeitperiode.

Mit der langen Dauer eines opferreichen, unentschiedenen Ringens war man jedoch aller Orten genötigt, dem Volke für seine beispelslose Opferwilligkeit Gegenwerte an Vertrauen und Freiheit zu bieten. Auch die Betäubung

der ersten Kriegszeit wich und so wurden denn mancherorts Volksrechte gefordert und bewilligt. In Deutschland hat das weise Entgegenkommen der Osterbotschaft und des Juli-Erlasses die Entwicklung in gesetzmässige Bahnen gelenkt, in Russland wurde vom Starrsinn der Herrschenden die gewaltsame Explosion hervorgerufen.

Ob diese Entwicklung in demokratischer Richtung weitergeht und vor allem, ob sie sich nach dem Kriege in weiterem Rahmen auslebt, das hängt vor allem davon ab, ob der Krieg seinen unentschiedenen Charakter bewahrt. Würde trotz alledem noch eine der beiden Kriegsparteien entscheidend siegen, so müsste naturgemäss ein grosser Prestigegewinn der herrschenden Klassen denselben neuerdings zur alleinigen Geltung verhelfen und bei dem Besiegten wieder würden alle Kräfte auf das Revancheziel konzessiert, was gleichfalls eine militärisch-autoritäre Organisation des Volkskörpers zur Folge hätte.

Ein unentschiedener Kampf jedoch, der niemandem Entschädigung für seine Opfer bietet, würde den Wunsch wach rufen, künftige Kriege zu vermeiden. Da das Nichtgelingen einer Zerschmetterung des Gegners es nicht gestatten würde, Schutz gegen Angriff ausschliesslich in der überlegenen eigenen Kraft zu suchen, müsste man nach völkerrechtlichen Garantien Umschau halten. Diese aber bilden einen Programmpunkt aller demokratischen Parteien, und jede Bewegung zum organisierten Völkerrecht würde die Notwendig-

keit militärischer Organisation mindern und den Hand in Hand miteinander gehenden pazifistischen und freiheitlichen Strömungen freie Bahn geben.

* * *

Vielfach umstritten ist auch die Frage, inwieweit eine demokratische Verfassung als Garantie gegen Ausbruch von Kriegen zu betrachten ist. Bekanntlich behauptet man in England und vor allem in Amerika, dass die Demokratisierung Deutschlands notwendig sei, um künftigen Kriegen vorzubeugen, dass nur Geheimdiplomatie und Monarchie die Kriege begünstigen, die Selbstbestimmung der Völker ihnen jedoch entgegen sei. Eine unbefangene Prüfung der Zeitereignisse kann nicht zur Billigung dieser These führen. Auch in rein demokratischen Ländern hat gerade die Volksmasse sich wiederholt leidenschaftlich für die Kriegspolitik ausgesprochen, so in Italien im Mai 1915. Blinde Leidenschaften, Hassinstinkte, finden naturgemäß gerade bei der weniger geschulten Masse besonders günstigen Nährboden. Die Zeitungen, die einander mit Schmeichelei gegenüber den vorhandenen kriegerischen Instinkten überbieten wollen, werfen dann noch mehr Erbitterung ins Volk.

Andererseits ist richtig, dass in autoritär geleiteten Ländern die Gesinnung eines Einzelnen unter Umständen kriegsentscheidend wirken kann, während die Massen im Glauben erhalten werden, dass sie einen Verteidigungskrieg zu führen haben.

Die Demokratie allein wirkt also nicht kriegsvorbeugend. Nur wenn die demokratischen Parteien internationale Rechtsgarantien zu schaffen vermögen, welche die friedliche

Regelung der Streitigkeiten ermöglichen und die gemeinsame Macht der Kulturwelt jedem Angriffsversuch entgegensetzen, nur dann können sie neue Kriege unbedingt verhindern.



Neubildungen im Rechtsleben.

Das bürgerliche Recht hat durch die von der wirtschaftlichen Bedingung diktierten Kriegsmassnahmen in allen Ländern wesentliche Veränderungen erlitten, die zum Teil dauernd sein dürften.

Der Grundsatz der Vertragsfreiheit ist vielfach durchlöchert worden. Höchstpreise wurden festgesetzt und mit strafrechtlichen Garantien umgeben. Die Handelsfreiheit wurde vielfach aufgehoben und durch staatliche Monopole oder ausschliessliche Aktionsberechtigung von Kriegsgesellschaften ersetzt.

Bloss temporär dagegen dürfte die Beschränkung der Geschäftsabschlüsse mit Untertanen feindlicher Mächte sein, temporär auch die so weit differenzierte Rechtsmaterie der Sequestrierung von Privateigentum, die verschiedenen Möglichkeiten, resp. Einschränkungen für Zahlungen an die unter Sequester bestellten Personen u.s.w.

Auf strafrechtlichem Gebiet ist vor allem der Wucherbegriff sehr wesentlich erweitert worden. Ehedem galt es, von ganz wenigen Ausnahmefällen abgesehen, für durchaus zulässig, die Preise einer Ware nach dem Spiel von Angebot und Nachfrage zu bestimmen. Heute gilt es, auch wenn nicht ausdrücklich Höchstpreise ausgesetzt wurden, vielfach als strafbar. In mehreren Fällen wurde direkt ein ganz neues Prinzip für die Preisfestsetzung eingeführt:

Selbstkosten mit entsprechendem prozentualen Aufschlag und für Ueberschreitung der so sich ergebenden Preisansetzungen Busse in Aussicht genommen.

Neu ist auch auf strafrechtlichem Gebiet die in manchen Ländern angeordnete Vermögensbeschlagnahme politisch fehlbarer Personen, resp. die Heranziehung des Vermögens „für Deckung von Schadenersatzansprüchen des Staates“, wie es eine österreichische Verordnung vom Jahr 1915 vorsieht.

Das Leben selbst, welches in seinen Problemstellungen nach juristischer Formulierung und Sicherung der staatlichen Erfordernisse vermöge neuer Sanktionen verlangt, hat so das materielle Recht geändert. Ob auch vieles mit Wiederkehr normaler Verhältnisse sich rückbilden wird, speziell die weitere Ausbildung des Wucherbegriffs dürfte wohl als bleibender Fortschritt in sozialer Richtung bleiben.

W. PAMPFER, ZÜRICH: POLITISCHE ODER SOZIOLOGISCHE AUFKLÄRUNG.

KEIN anderes Gebiet bildet in der gleichen Masse den Tummelplatz des Dilettantismus wie das Gebiet der Politik. Wer sonst in allen andern Zweigen menschlichen Wissens mitreden will, muss sich zunächst die erforderlichen Fachkenntnisse verschaffen. Wie würde man über denjenigen die Achseln zucken, der aus Zeitungsnotizen sich einige Brocken über chemische und physikalische Forschungen aufschnappte und dann an Diskussionen der Fachleute dieser Wissenschaften beteiligen würde. Auf der gleichen Höhe, wenn nicht noch tiefer, steht durchweg das politische Gerede, mögen wir es nun aus dem Munde manches Berufspolitikers oder des Kannegiessers am Biertische vernehmen.

Nun könnten uns derartige Oberflächlichkeiten kalt lassen, wenn wir nicht deren verhängnisvolle Folgen in unserm staatlichen und gesellschaftlichen Leben beobachten würden. Die Lenkung der Geschicke der Völker ruht in den Händen von Personen, denen jeder tiefere Einblick in die Mechanik des Gesellschaftskörpers fehlt. Die grosse Masse, die als Wähler einen Faktor von ausschlaggebender Bedeutung darstellt, geniesst als geistige Kost unsere heutige Tagespresse, die im Grunde nichts weiter ist als eine Sammlung politischer Anekdoten. Gelegentliche Artikel, die tiefer schürfen, werden meist überschlagen, weil sie dem Zeitungsleser zu gelehrt vorkommen und ihm nichts mehr verhasst ist als geistige Anstrengung.

In unserer Zeit, wo das Zeitungslesen zu einem Lebensbedürfnis geworden ist, wird ein jeder täglich mit einer Fülle durcheinander gewürfelter Tatsachen, fremder Gedanken und Urteile geradezu überschüttet. Da diese Menge von Erfahrungsstoff nur in den seltensten Fällen von Menschen aufgenommen wird, die über eine durchgebildete Weltanschauung verfügen, die imstande sind, das Wertlose und Tendenziöse von dem Brauchbaren abzusondern, fremde Urteile auf ihren Wert hin zu taxieren, — so entsteht in den meisten Köpfen eine geistige Disposition, die schädlicher und verhängnisvoller wirkt, als die Unwissenheit des Analphabeten.

Der soziologisch Ungebildete wird stets das Opfer einer instinktiven Ideenassoziation und der Verallgemeinerung.

Liest der Deutsche z. B. andauernd von der Perfidie und der Heuchelei der englischen Politik, von den Krämerseelen Englands u. s. w., so bleiben bei der kritiklosen Art und Weise, in welcher er seine Zeitungen durchschmökert, nur die Worte England — Perfidie, Heuchelei, Krämerseelen in seinem Gedächtnisse haften. Der Franzose und Engländer, in dessen Leibblatt andauernd über den deutschen Militarismus, die deutsche Barbarei, die deutschen Greuel geschrieben wird, behält die Assoziation: Deutsch — Militarismus, Barbarei, Greuel. Durch unablässige Wiederholung haften die Gedankenverbindungen mit den dazugehörigen Affektbetonungen derart im Gedächtnis, dass schliesslich die blosser Nennung eines der Worte alle andern wie eine Perlenschnur hinter sich herzieht. Psittazismus-Papageientum nennt der französische Soziologe Renan diese kritiklose Verbindung verschiedener Worte.

Im Kampfe der Parteien und Klassen zeigt sich die gleiche Erscheinung. Einem vorher unbefangenen Leser, der ein Blatt mit ausgesprochen parteipolitischer Tendenz abonniert, tauchen bei der Lektüre andauernd Gedankenreihen auf, in denen die Vertreter und Angehörigen einer andern Partei oder Klasse stets mit unmoralischen oder antisozialen Handlungen in Verbindung gebracht werden. Der Psittazismus des Lesers bringt schliesslich eine dauernde Assoziation zustande, wodurch ihm die Angehörigen einer andern Partei als der Ausbund alles Schlechten und Verwerflichen erscheinen. So hat es beispielsweise die klerikale Presse in vielen Gegenden Deutschlands fertiggebracht, ganze Teile der Arbeiterschaft in den schärfsten Gegensatz zur Sozialdemokratie zu bringen, wozu bei diesen sonst keinerlei politische und wirtschaftliche Ursache vorliegt.

Auf diese Art ist auch die unheilvolle Wirkung der Presse vor und während des Krieges zu erklären, wo wir sehen, dass sich Völker auf das grimmigste hassen, ohne dass besondere Interessengegensätze vorhanden sind.

Auch wenn keine planmässige Völkerverhetzung getrieben wird, stellt sich auf ganz natürlichem Wege eine nationale Ueberhebung, eine gegenseitige Verkennung und Missverstehen ein.

Was der Durchschnittsmensch, der seine ganze Weisheit aus den Zeitungen schöpft, von andern Nationen vernimmt, sind in den seltensten Fällen deren Verdienste auf kulturellen Gebieten. Das Tadelnswerte dagegen, die politischen und sozialen Missstände werden auch von denjenigen Zeitungen gerügt, die alle Uebelstände im eigenen Lande zu vertuschen pflegen. So bildet sich in den Köpfen vieler Personen ein

geistiges Missverhältnis. Von ihrem eigenen Volke ist ihnen nur Ruhmenswertes bekannt. Alles, was je auf den Gebieten der Kunst, Wissenschaft und Technik von diesem Hervorragendes geleistet wurde, steht ihnen immer vor Augen.

Der Begriff einer fremden Nation wird von ihnen stets mit Gedanken assoziiert, welche von Gefühlen der Geringschätzung oder gar des Abscheu's und der Verachtung begleitet sind.

Eine andere Ursache des Nationalhasses, die bei weniger gebildeten Menschen die Regel ist, liegt in der oberflächlichen Verallgemeinerung von Erfahrungen.

Der Deutsche, der niemals sein Vaterland verlassen hat, kennt den Italiener meist nur als einen Erdarbeiter, einen Maronibrater oder einen Gipsfigurenhändler, den Serben als einen Rastelbinder oder Mausfallenverkäufer. Die Geringschätzung, die er diesen Berufen entgegenbringt, überträgt er auf die ganze Nation. Das gleiche gilt für den Engländer, der den Deutschen nur als Kellner oder Friseur kennt. Auch gewisse völkische Lebensgewohnheiten können nationale Antipathien hervorrufen. Bei dem Franzosen erfreut sich das Sauerkraut und das Schwarzbrot als Nahrungsmittel keines besonders guten Rufes. Der Deutsche, der als Liebhaber dieser Gerichte gilt, wird deswegen von ihnen als minderwertig klassifiziert. Einer ähnlichen Dummheit begegnet man oft in Bayern, wo man mitunter die Meinung hört, in Norddeutschland lebe man von Schnaps und Kartoffeln, weshalb man dort die Norddeutschen auch als Schnaps- oder Kartoffelpreußen bezeichnet. Auf der gleichen Stufe steht die Ansicht, dass der Russe sich jeden Tag mit Wutki betrinke.

Derartige Vorurteile und Verschrobenheiten bilden in Kriegszeiten, wenn die planmässige Verhetzung hinzutritt, den günstigsten Nährboden des Völkerhasses. Im Unterbewusstsein des Einzelnen schlummern affektbetonte Ideen von der Minderwertigkeit und Verächtlichkeit fremder Nationen. Während des Friedens fühlen alle diejenigen, die Anspruch auf den Namen eines Gebildeten erheben, sich verpflichtet, nicht jeden Affekt sogleich in Worte umzusetzen. Der Krieg beseitigt alle Hemmungen, ungehindert sprudelt der eingedämmte Hass hervor, jede Dummheit und Lüge verlässt ihre Schlupfwinkel und bemächtigt sich dreist des Platzes, auf dem vorher Vernunft und Einsicht gesessen hatten.

Gibt es ein Mittel, die Völker zu gegenseitigem Verständnisse zu erziehen? Nicht allein die Völker, sondern auch die Klassen. Denn wer vermag uns zu garantieren, ob nicht in Zukunft der Klassenhass ebenso blutige Opfer fordern wird, wie in der Vergangenheit der Religionshass und in der Gegenwart der Völkerhass.

Immer vielgestaltiger werden die Beziehungen der Menschen zu einander, immer mehr werden wir uns auf ökonomischem Gebiete dem Zustande einer internationalen Arbeitsgemeinschaft nähern. Damit wachsen aber auch die Konfliktmöglichkeiten zwischen den einzelnen Nationen.

Zwischenstaatliche Organisation, internationale Schiedsgerichte, Einführung der Weltsprache sind die sozialtechnischen Hilfsmittel zur Ueberbrückung der Gegensätze.

So wenig aber im innerstaatlichen Leben durch Gesetzgebung

und Polizei allein sich ein erträglicher Zustand schaffen liesse, — ohne die soziaethische Anpassung der Menschen, ohne ihren Willen, so gut wie möglich miteinander auszukommen, — so wenig darf man auf jene sozialtechnischen Massnahmen grosse Hoffnungen setzen, wenn sie nicht von dem Parallelprozess einer grundlegenden Bewusstseinsreform begleitet sind.

Dass aller planmässigen Völkerverhetzung durch die Presse, in der Schule und der Kaserne ein Riegel vorgeschoben wird, wäre die erste Bedingung.

Vor allem bedürfen wir aber einer gänzlichen Umgestaltung unseres Erziehungswesens. Die nationale Einseitigkeit und Ueberhebung, die Heranbildung von Menschen, die die heutigen Verhältnisse unbedenken nehmen wie sie sind, die sich gutwillig in alles einfügen, diese Tendenzen beherrschen die jetzige Schule.

Statt dessen sollte eine Erziehung zum Verständnis fremdvölkischer Eigenart als notwendig erkannt werden. An Hand der Literatur sollte man den Jugendlichen vertraut machen mit der Kultur und der Denkweise anderer Nationen.

Der Mechanismus der Weltwirtschaft, die Mannigfaltigkeit des Aufeinanderangewiesenseins der Völker müsste zum Lehrgegenstande werden.

Die Wissenschaft von der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft und Kultur, die Soziologie, verdiente endlich als notwendiger Bestandteil unserer Bildung anerkannt zu werden, wie dies für die Naturwissenschaft schon erreicht ist.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen mag uns dies zwar noch als ferne Zukunftsmusik erscheinen. Wenn wir uns aber vor Augen halten, inwieweit die Ergebnisse der Naturerkenntnis in die Massen gedrungen sind und im Laufe einiger Generationen die Spukgestalten des Aberglaubens aus den Köpfen vertrieben haben, so sehen wir, dass wir auch hier vor keiner unlösbaren Aufgabe stehen.

So wenig aber in der heutigen Gesellschaft ein Rückfall in den Zustand des Hexenwahns zu befürchten ist, so wenig wird eine soziologisch aufgeklärte Generation jene Schrecken erleben, unter denen heute die Völker verbluten.



LEOPOLD KATSCHER, BERN: EIDGENÖSSISCHE GESETZESBESTIMMUNGEN ÜBER UNEHELICHE KINDER.



BEKANNTLICH gehört das schweizer. Zivilgesetzbuch, welches Neujahr 1912 in Kraft trat, zu den fortschrittlichsten Gesetzbüchern unserer Zeit. Ganz besonders erfreulich ist nun der Umstand, dass es in einem der wundesten Punkte der sozialen Frage, den Rechten der unehelichen Kinder, durchaus modernen Anschauungen huldigt. Nicht nur, dass es die vorher kantonalen, also viel-

fach grundverschieden geregelten Verhältnisse fürs Gesamtgebiet der Schweiz einheitlich regelt, — es bedeutet auch eine beträchtliche Erweiterung der Rechte insbesondere für die welschen Kantone, in denen bis dahin der in diesen Dingen sehr rückständige Code Napoléon Geltung gehabt hatte.

Jetzt kann in der ganzen Schweiz die Vaterschaftsklage schon vor der Entbindung anhängig gemacht werden. Die Schwangere darf ihre aussereheliche Schwangerschaft zur Kenntnis der Vormundschaftsbehörde bringen, welche daraufhin dem künftigen Sprössling einen dessen Interessen wahrnehmenden „Beistand“ bestellt, der nach Ablauf der gesetzlichen Klagefrist oder nach Durchführung der Klage einem „Vormund“ Platz macht, falls die Behörde es nicht für dienlicher hält, das Kind unter die elterliche Gewalt der Mutter oder des Vaters zu stellen. „Wird die Vaterschaft glaubhaft gemacht, so kann, falls die Mutter sich in Not befindet, der Vater gerichtlich verhalten werden, die mutmasslichen Kosten der Entbindung und jene des Unterhalts des Kindes während der drei ersten Lebensmonate im voraus sicherzustellen,“ wodurch Mutter und Kind gerade in der allerkritischsten Zeit vor schlimmen Entbehrungen geschützt sind und gegebenenfalls eine passende Unterbringung des Säuglings ermöglicht wird.

Aber das Gesetz geht noch weiter: es spricht der Mutter ausser den Entbindungskosten noch die Unterhaltskosten während mindestens je vier Wochen vor und nach der Niederkunft zu, sodass sie weder zu lange vor, noch zu bald nach letzterer der Erwerbsarbeit nachzugehen braucht. So kann sie sich schonen und das Kind vermag besser zu gedeihen. Damit ist eine der Hauptforderungen der modernen Mutterschaftsschutzbewegung in idealer Weise gesetzlich erfüllt.

Erkennt weder der Vater noch der väterliche Grossvater das Kind freiwillig an, so hat sowohl die Mutter wie das Kind Anspruch auf die Vaterschaftsklage, die unter Umständen (Tod usw.) auch gegen die Erben des Vaters gerichtet werden und sich nicht nur auf Vermögensleistungen an Mutter und Kind, sondern unter gewissen Voraussetzungen auch auf „Zusprechung mit Standesfolge“ richten kann. Uebrigens dürfen „die Leistungen an die Mutter auch dann eingeklagt werden, wenn die Anerkennung des Kindes freiwillig erfolgt oder wenn dieses totgeboren oder vor dem Urteil gestorben ist. Ausser dem Ersatze der Entbindungs- und Unterhaltskosten, sowie sonst notwendiger Schwangerschaftsauslagen, kann der Mutter eine Geldsumme als Genugtuung zuerkannt werden, wenn der Vater ihr die Ehe versprochen, die ihm über sie zustehende Gewalt missbraucht, an ihr Notzucht verübt hat oder wenn sie zur Zeit der Verführung minderjährig war.“

Das Unterhaltsgeld, auf das das Kind ein Anrecht hat, soll den materiellen Verhältnissen von Vater und Mutter angemessen sein. Die Leistung hat bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres zu erfolgen. Ein etwaiger Verzicht der Mutter auf die Leistung oder ein ungünstiger Vergleich zwischen Mutter und Vater steht dem Anspruchs- und Klagerecht des Kindes nicht im Wege, und auf Verlangen beider Parteien kann, falls die in Betracht kommenden Verhältnisse eine grosse Veränderung erfahren haben, die Höhe der Alimente neu festgesetzt werden. Die Alimente sind stets im voraus zu zahlen, und die Zahlungspflicht geht, wenn der Vater des Kindes vorzeitig stirbt, auf seine Erben über.

Die vorhin erwähnte Möglichkeit der „Zusprechung des Kindes mit Standesfolge“ ist eine völlige Neuheit im Gebiete der Fachgesetzgebung, und zwar bildet sie einen erheblichen Fortschritt, denn ihre Folgen sind schwerwiegend. Durch die Zusprechung, welche in sehr vielen Fällen erfolgen kann, erlangt das uneheliche Kind Familiennamen und Heimatzuständigkeit seines Vaters, der es überdies genau so versorgen muss wie ein eheliches. Auch das Erbrecht nach ihm oder den väterlichen Verwandten tritt ein, doch mit der Einschränkung auf die Hälfte des Erbanteils eines ehelichen Sprösslings, falls solche vorhanden sind. Der Erbanspruch geht auch auf die eigenen Nachkommen des unehelichen Kindes über. „Die Vormundschaftsbehörde kann das Kind unter die elterliche Gewalt des Vaters stellen, doch behält die Mutter auch dann das Recht, mit dem Kinde persönlich zu verkehren. Die elterliche Gewalt kann aber auch bis zu einem gewissen Alter oder dauernd der Mutter zugesprochen werden,“ ohne dass dadurch die Verpflichtungen des Vaters berührt würden. Das Kind steht sowohl zur mütterlichen wie zur väterlichen Seite in den Rechten und Pflichten der ausserehelichen Verwandtschaft.

Bedauerlich ist, dass das Gesetz die „Zuerkennung mit Standesfolge“ gerade einem Ehemann gegenüber ausschliesst, der zur Zeit seiner Verführung des Mädchens bereits verheiratet war. So erscheinen gerade diejenigen Männer geschützt, die es am wenigsten verdienen, da sie sich nach zwei Seiten hin schuldig gemacht haben. Im übrigen treten die gleichen Rechtsfolgen wie bei einer „Zuerkennung mit Standesfolge“ in dem Falle ein, dass der Vater sein uneheliches Kind freiwillig anerkennt. Tritt weder Zuerkennung noch freiwillige Anerkennung ein, so bekommt das Kind den Familiennamen und die Heimatzugehörigkeit der Mutter, erlangt auch der mütterlichen Familie gegenüber alle Rechte und Pflichten eines ehelichen Kindes; insbesondere besitzt es das Erbrecht nach der Mutter und den mütterlichen Verwandten. Die Mutter muss für das Kind wie für ein eheliches sorgen und kann von der Vormundschaftsbehörde die elterliche Gewalt übertragen erhalten.

Hinsichtlich der Legitimierung unehelicher Kinder sagt das Gesetz: „Wenn die Eltern eines ausserehelichen Kindes einander heiraten, so wird dieses von Gesetzes wegen ehelich. Die Eltern sind verpflichtet, bei oder sofort nach der Trauung die gemeinsamen ausserehelichen Kinder beim Zivilstandesbeamten des Wohnsitzes oder Trauungsortes anzumelden. Die Unterlassung der Anmeldung hat auf die Ehelichkeit des Kindes keinen Einfluss.“ Falls die Eltern sich die Ehe versprochen haben, die Trauung aber durch Tod etc. unmöglich geworden, ist eine Legitimierung des Kindes durch Richterspruch zulässig, der auch vom Kinde selbst oder nach dessen Ableben von seinen Nachkommen angerufen werden kann. Durch die Legitimierung wird ein aussereheliches Kind, bzw. dessen Nachkommenschaft, „im Verhältnis zu Vater und Mutter und deren Anverwandten den ehelichen gleichgestellt.“

Wir sehen, dass die einschlägigen Bestimmungen des neuen schweizerischen Zivilgesetzbuches grundlegende Pionierarbeit im besten Sinne des Wortes sind, indem sie durch ihren modernen Geist den Weg weisen zu einer noch gerechtern künftigen Hebung der Lage des unschuldigen unehelichen Kindes. Wer sich für den Gegenstand näher interessiert, sei auf das praktische Schriftchen „Das Recht des unehe-

lichen Kindes im neuen schweiz. Zivilgesetzbuch“ von Henriette Herzfelder verwiesen (Verlag von Felix Dietrich, Leipzig-Gautzsch, 25 Pf.), in welchem eine planvolle Vergleichung mit den einschlägigen Bestimmungen der reichsdeutschen, österreichischen und französischen Gesetzgebung durchgeführt ist.



MARIE KOSCINSKA, BRESLAU: DER MÄNNERMANGEL NACH DEM KRIEGE, SEINE GEFAHREN UND SEINE BEKÄMPFUNG.

ZU den ständigen Begleiterscheinungen der früheren Kriege gehörten Seuchen, welche die zurückgebliebenen Frauen und Mädchen dahintrafen. Dank den Fortschritten der Medizin ist heute die Seuchengefahr fast völlig geschwunden, wie dies auch der nun bald 3 Jahre dauernde Krieg beweist. Die Befürchtung, dass sich zu all den Leiden des Krieges noch verheerende Seuchen gesellen würden, ist glücklicherweise grundlos gewesen. Während also früher nicht nur Männer, sondern auch, mehr oder weniger unmittelbar, Frauen dem Kriege zum Opfer fielen, besteht heute die Todesernte des Krieges ausschliesslich in Männern. Dr. Vaerting weist in seinem eben erschienenen Buche „Der Männermangel nach dem Kriege, seine Gefahren und seine Bekämpfung“*) auf die Gefahren dieses Frauenüberschusses nach dem Kriege hin, ein Ueberschuss, der die höchste Steigerung erfahren dürfte, dadurch, dass infolge der allgemeinen Wehrpflicht heute mehr Soldaten gestellt werden als früher und andererseits die Kriegswerkzeuge den höchsten Grad der Vernichtung erreicht haben.

Fast alle Länder Europas weisen einen Frauenüberschuss auf, günstiger in dieser Hinsicht steht Amerika. In den letzten 15 Jahren hat in Deutschland die Zahl der Knabengeburten stark abgenommen. Zwei Hauptursachen liegen nach Vaerting dieser Erscheinung zugrunde: die Vermehrung der Geschlechtskrankheiten und das Altersverhältnis der Eltern — in den meisten Ehen ist die Mutter jünger als der Vater, was vorwiegend Mädchengeburten zur Folge hat.

Die Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht hat viel dazu beigetragen, den Prozentsatz der venerisch Kranken zu erhöhen, wodurch die Quantität der Knabengeburten sehr ungünstig beeinflusst wird. Dieses Missverhältnis zwischen Knaben- und Mädchengeburten dürfte nach dem Kriege voraussichtlich noch grösser werden, da ein Krieg die selection of the fittest im umgekehrten Sinne bewirkt. Gerade die Tüchtigsten werden dahingerafft, und die Erhaltung des Nachwuchses bleibt den Minderwertigeren überlassen. Die venerischen Krankheiten werden auch eine Steigerung erfahren. Die gelockerten Bande der

*) Dr. M. Vaerting, Verlag der Ärztlichen Rundschau, München.

Moral werden noch lockerer, eine Ausbreitung der Prostitution ist zu befürchten, wenn der Staat nicht rechtzeitig eingreift. Viele Frauen, die jetzt aushilfsweise die Stelle der Männer vertreten, werden dann wieder brotlos und manche in die Arme der Prostitution getrieben. Vermehrung der Geschlechtskrankheiten aber ist gleichbedeutend mit quantitativem und qualitativem Rückgang eines Volkes.

Frauenüberschuss liegt auch keineswegs, wie die Statistik beweist, in den Absichten der Natur, welche mit allen Mitteln für ein Ueberwiegen des männlichen Elementes Sorge trägt. In der gesamten Tierwelt zeigt sich diese Tendenz. Dass stets mehr Knaben geboren werden als Mädchen, ist allgemein bekannt. In Russland z. B. ist das Verhältnis 110:100. Die Zahl der Tot- und Fehlgeburten bei Knaben ist grösser als bei Mädchen. Nach Rauber beträgt das Geschlechtsverhältnis bei Konzeptionen 115:100.

Die verschiedensten Erklärungen für diese Tatsache sind gegeben worden; doch bis jetzt ist es noch nicht völlig gelungen, dieses Naturgesetz — denn um ein solches handelt es sich hier — zu ergründen. Man hat hierbei stets eins übersehen, nämlich die auf sexuellem Gebiete zwischen Mann und Frau herrschenden Unterschiede, die gerade bei Behandlung dieser Frage von wesentlicher Bedeutung sind. Die erste Geschlechtseigenschaft des Mannes, die mit Notwendigkeit einen Männerüberschuss fordert, ist seine geringere sexuelle Leistungsfähigkeit: „Ein Mann kann höchstens oder kaum eine Frau befriedigen, eine Frau jedoch leicht mehrere oder sogar viele Männer.“ Diese Tatsache in Betracht ziehend, wird man die Erklärung finden für die Ausbreitung und Entwicklung der Prostitution, für diese „ist nicht ein verschiedenes sexuelles Bedürfnis der Geschlechter entscheidend gewesen, sondern einzig und allein die sehr verschiedenen grosse geschlechtliche Leistungsfähigkeit von Mann und Weib“. Nach dem Kriege ist eine noch grössere sexuelle Inanspruchnahme des Mannes zu erwarten, was Ueberanstrengung und Degeneration zur Folge haben wird. In dem Frauenüberschuss also sieht der Verfasser eine grosse Gefahr, einen Faktor, der zur Verschlechterung der Rasse führen muss. Dem Manne fällt die Aufgabe der Liebeswerbung zu, die eine Bereitschaft zur sexuellen Vereinigung ausdrückt, und die gerade beim Manne in Anbetracht der physiologischen Veränderungen, die hierbei bei ihm stattfinden, unbedingt erforderlich ist. Diese Werbekraft des Mannes muss naturgemäss bei einem starken Frauenüberschuss, bei Wegfall der Nebenbuhlerschaft sinken, wodurch sein sexuelles Temperament sehr ungünstig beeinflusst wird. Hauptforderungen des Verfassers, um einen Ausgleich in dem Geschlechtsverhältnis herbeizuführen, wären: Abschaffung der Prostitution, Aufhebung oder starke Beschränkung der Militärdienstzeit, Herabsetzung des bestehenden Heiratsalters für Männer — da junge Väter, wie die Statistik zeigt, mehr Knaben zeugen als ältere —, ferner Erhaltung des Knabengeburtenüberschusses und Vermehrung der Knabengeburten durch Ausnutzung der von der Natur dazu gegebenen Möglichkeiten bei der Zeugung.

Das beste Mittel, um eine Parität der Geschlechter herbeizuführen, sieht Vaerting in der „Abänderung der heute bestehenden Altersverhältnisse“. Dem Mann muss die Möglichkeit gegeben werden, früh zu heiraten, die Frauen dagegen sollten erst später in die Ehe treten,

da bei ihnen das Sexualbedürfnis später eintritt als beim Mann. Nach Haeckel ist die heutige Frühheirat der Frauen nur künstlich angezchtet. Ein näheres Eingehen auf die Gründe hierfür würde uns zu weit auf das Gebiet der Ehe an sich führen.

„Beide Ehegatten leben in der heutigen Ehe mit ihren Liebesgefühlen aneinander vorbei, weil sie sich nicht auf der gleichen Entwicklungsstufe ihrer geschlechtlichen Aktivität befinden“ und „je jünger der Vater ist, umso grösser ist seine Erzeugungskraft für Knaben“, behauptet Vaerting. Dass grosse Männer oft ganz unbedeutende Nachkommen hatten, liegt eben daran, dass sie zu spät geheiratet haben. Strauss z. B. oder Feuerbach, Schadow, Bach u. a. haben geniale Söhne gezeugt, weil sie bereits vor Vollendung des 22. Lebensjahres in die Ehe getreten sind. Der Mann ist heute, ehe er zur Gründung einer Familie gelangt, beruflich meist derart überlastet und überanstrengt, dass seine Keimzellen geschädigt und eine gute Zeugung schier in Frage gestellt ist.

Als Beweis dafür, dass eine Verbindung jüngerer Männer mit älteren Frauen dem Knabenüberschuss günstig ist, zitiert Vaerting die von Berner erzielten Untersuchungsergebnisse.

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| Bei 213224 Geburten war das allgemeine Geschlechtsverhältnis | 105,43 |
| bei gleichem Alter der Eltern ist das Geschlechtsverhältnis . | 106,23 |
| ist der Vater um 1 bis 10 Jahre älter als die Mutter, ist das Geschlechtsverhältnis | 104,61 |
| ist der Vater über 10 Jahre älter als die Mutter, ist das Geschlechtsverhältnis | 103,54 |
| ist die Mutter 1 bis 10 Jahre älter als der Vater, ist das Geschlechtsverhältnis | 107,45 |
| ist die Mutter über 10 Jahre älter als der Vater, ist das Geschlechtsverhältnis | 104,10 |

Zu denselben Resultaten sind auch noch andere Forscher gelangt.

Interessant sind die Ausführungen Vaertings über das Geschlechtsverhältnis der Tot- und Fehlgeburten.

| | |
|-------------------------------------------------------------|-------------|
| Auf 100 Mädchen entfallen bei Fehlgeburten etwa 200 Knaben, | |
| „ 100 „ „ „ Totgeburten „ | 130 Knaben, |
| bei der Sterblichkeit der ersten 6 Lebensmonate | 130 Knaben |
| „ „ „ „ folgenden 6 „ | 113 „ |
| „ „ „ „ des 1. bis 2. Lebensjahres | 102 „ |

Vaerting schliesst daraus, dass „je schlechter die Zeugung, um so höher die Lebensbedrohung der Knaben — je pathologischer die Zeugungs- und Entwicklungsverhältnisse der Frucht sich gestalten, um so grösser ist die Absterbequote des männlichen Lebens“ — ferner: „dass das männliche Leben gegenüber dem weiblichen um so stärker vernichtet wird, je jünger es ist.“

Einen Beweis dafür, dass bei guter Zeugung die Geschlechtsunterschiede sich ziemlich ausgleichen, liefern die unehelichen Kinder, diese sind im allgemeinen kräftiger und widerstandsfähiger — „Kinder der Liebe“ und die Knabensterblichkeit ist bei ihnen viel geringer. Die Natur selbst scheint, indem sie das frühe Absterben des Untauglichen bewirkt, der Eugenik zu dienen. Es muss viel mehr als bisher

beachtet werden, dass „beim Mann der Zustand des Gesamtorganismus von weit grösserem Einfluss auf die Vererbung ist, als bei der Frau.“ Beim Mann werden die Fortpflanzungszellen immer wieder neu gebildet, die Körperkonstitution beeinflusst somit die Keimzellen und die Zeugung.

Die Säuglingspflege allein genügt nicht, um den Ueberschuss an Knaben zu retten, da sie bereits zu spät kommt. Unbedingt muss also „Zeugungshygiene“ und weitgehender „Vaterschutz“ verlangt werden. Die Frauen fordern für sich wohl die grösste Rücksichtnahme, mit der Begründung, dass ihre Körperkonstitution schwerer Arbeit nicht gewachsen ist und letztere ungünstig auf die Mutterschaft einwirkt. Sie sollten aber nicht vergessen, dass „schwere tägliche Arbeit niemand aushalten kann, ohne Schaden zu nehmen, weder Mann noch Weib.“

Im Interesse einer gesunden Entwicklung des Volkes muss daher die Forderung gestellt werden: Entlastung der überlasteten Männer und möglichste Verlegung der Fortpflanzungsleistungen in das jugendliche Lebensalter, ehe die Arbeit die Vererbungskräfte des Vaters verschlechtert hat, dazu eine gerechte Entlohnung der Frauenarbeit, das müssen grundlegende Forderungen einer zukünftigen Männerökonomie mit eugenischen Interessen sein. Wer den „Vaterschutz“ zur biologischen Lösung macht, dem Volke wird die Zukunft gehören.

Manch neue Idee bringt Vaerting in seinem interessanten Buche zur Sprache, viel Wahres. Ob aber die von ihm vorgeschlagenen Mittel und Wege eine Lösung des Problems „Mehr Männer“ bringt, lässt sich z. Z. noch nicht sagen. Jedenfalls verdienen seine Anregungen geprüft und verbreitet zu werden; sie verdienen nicht, von Feinden alles Neuen ohne weiteres verdammt zu werden.



DR. A. FOREL, EHEM. PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT ZÜRICH: FORTSCHRITTE DER ALKOHOL-VERBOTSGESETZGEBUNG VOR DEM KRIEGE UND WÄHREND DES KRIEGES.*)

(Schluss.)



VEREINIGTE Staaten: Dort hat das Alkoholverbot eine völlig andere Geschichte als in Russland. Die ersten Anfänge kamen im Beginn des 19. Jahrhunderts vor. Wie fast überall hatte man mit Mässigkeitspredigten angefangen und, als diese nichts nützten, mit Abstinenz-Vereinen. Es war, glaube ich, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Beginn desselben), dass die Lokalvetogesetze eingeführt wurden. Diese verleihen den Männern und Frauen einer Gemeinde das Recht, jeden Ausschank alkoholischer Getränke auf dem

*) Siehe den Beginn des Artikels in unserer Aprilnummer.
Anmerkung der Schriftleitung.

Gebiete des Ortes durch Mehrheitsabstimmung (z. B. Zweidrittelmehrheit) zu verbieten. Damit werden alle Patente für Alkoholwirtschaften aufgehoben.

Also in Russland ein Befehl des Autokraten von oben her; in den U. S. freie Entscheidung durch Volkswahlen von unten her. Letzterer Weg geht langsam, aber sicher. Im Staate Maine hatte freilich Neal Dow schon früher ein Staatsverbot erzielt, das aber vielfach umgangen wurde, sodass die Abstinenten den langsamern Weg des Lokal-Vetos nachher vorzogen.

Der im Jahre 1852 von Coon gegründete Guttemplerorden (I. O. G. T.) wuchs in den U. S., bis er fast 700,000 Mitglieder erreichte, nahm aber nachher ab und wurde durch eine Verbotspartei ersetzt. Da wo das Lokal-Veto stark genug wurde, schritt man zum Bezirks-Verbot und schliesslich zum Staats-Verbot weiter. Bis vor nicht langer Zeit durfte der Alkohol-Import von Staat zu Staat nicht verboten werden, und war das Verbot daher sehr schwer durchzusetzen. Nun wurde es besser und in den letzten Jahren wurden die Fortschritte der Lokal-, Bezirks- und Staats-Verbote riesig. Ich habe selbst in sehr angenehmer Weise im Jahre 1899 in Nordcarolina die Folgen des Lokalvetos empfunden.

Heute gibt es von 48 Staaten der U. S. 24, genau die Hälfte, die das Staatsverbot eingeführt haben. Mit dem Bezirks- und Gemeindeverbot der andern Staaten zusammengerechnet, nehmen sie 66 % der gesamten Bevölkerung, der U. S. und 85 % von deren Bodenfläche ein. Aber die meisten Riesenstädte: New York, Philadelphia, Chicago usw. stemmen sich noch verzweifelt gegen jene Massregel.

Sicher gibt es viele geheime Umgehungen des Verbotes; dies umsomehr, da der Privatbezug von alkoholischen Getränken nicht verboten werden kann. Aber die Interessenten des Alkoholhandels haben jene Umgehungen ungeheuer übertrieben, um die Vetogesetze in Misskredit zu bringen. Die U. S. werden sicher in nicht allzu ferner Zeit auf fester Grundlage ganz prohibitionistisch werden.

In **Kanada** geht das Alkoholverbot auf dem gleichen Wege, wie in den U. S., aber noch rascher vor sich. Am 1. Januar 1916 hatten die Provinzen Neu-Braunschweig, Prinz Eduard Island, Alberta und Neu-Schottland bereits Provinzialverbot. Im Jahre 1916 folgten die Provinzen Manitoba, British Columbia, Ontario und Saskatschewan. Bleiben nur noch die Provinz Quebec und das Territorium Yukon übrig. Aber 24 % der Gemeinden Quebecs haben bereits das Lokalveto. Infolgedessen beginnt bereits eine Bewegung für das Totalverbot aller alkoholischen Getränke im ganzen Kanada. Somit dürfte dasselbe bald erfolgen.

Man darf also die Zeit voraussehen, wo ganz Nordamerika vom Alkoholgift befreit wird.

In **Norwegen**, nachdem früher schon das sogenannte Gothenburgersystem (Branntweinmonopol privilegierter Gesellschaften) viel besser als in Schweden, d. h. mit strengern Gewinn- und andern Einschränkungen, eingeführt worden war, ging man bereits Ende des 19. Jahrhunderts, wenn ich nicht irre, zum Lokalverbot (Gemeindebestimmungsrecht) nach dem Muster der U. S. über. Dieses hat gute Fortschritte gemacht. Die Abstinenzvereine sind in Norwegen sehr stark. Heute steht die Sache bereits so, dass die in 1915 gewählte Kammer unge-

fähr eine Hälfte Abstinenten und ausserdem viele Verbotsanhänger zählt, sodass man strenge Massregeln erwartet. In der Flotte und im Heer wurde während des Krieges die Abstinenz durchgeführt.

In **Schweden** wird heute das einheimisch erfundene, aber von vorneherein (siehe Norwegen) stets mangelhafte Gothenburgersystem von den Abstinenten aufs Schärfste bekämpft. Diese fordern Lokalverbot, Prof. Dr. Bergmann sogar Staatsverbot. Die Mehrheit des Volkes ist abstinent und unter 2409 Gemeinden haben 1424 keine Wirtschaften. Die zweite Kammer (Volkskammer) hat fast einstimmig für das Lokalverbotgesetz gestimmt. Aber die erste Kammer, die mit beschränktem Stimmrecht gewählt wird und vielfach aus feudal-konservativen Elementen besteht, hat das gleiche Gesetz mit 85 gegen 52 Stimmen noch 1916 verworfen. In Schweden sind die Abstinenzvereine, besonders die Guttempler verschiedener Varitäten mit 200 — 350,000 Mitgliedern, eine Macht. So steht die Sache jetzt; auch hier bereitet sich ein ernster Kampf vor.

Dänemark. Hier liegt die Sache eigenartig. Erstens besitzen Island und die Fär-Oer-Inseln seit wenigen Jahren das Totalverbot und können es in ihrer isolierten Lage zu ihrem grossen Vorteil leicht durchsetzen. In Dänemark selbst hat neuerdings die Einführung des Frauenstimmrechtes die Sache des Verbotes, die weit hinter Norwegen und Schweden zurückstand, sehr gefördert. Infolgedessen bereiten die 200,000 organisierten dänischen Abstinenten eine intensive Tätigkeit für Staatsverbot vor.

Finnland. Vor dem Kriege war von ganz Europa die Abstinenzbewegung in Finnland am stärksten. Die bedeutende Mehrheit des Volkes war dafür und hatte für ein Verbotgesetz gestimmt, dem aber der Zar seine Genehmigung verweigert hatte. Als aber der gleiche Zar im August 1914 das Verbot für ganz Russland anordnete, da kam er, wohl unbewusst, dem Wunsche der finnischen Volksmehrheit entgegen. Es wird aus Finnland bereits von vorzüglichen Erfolgen berichtet, die natürlich bei der zum Teil noch übermässig trinkenden Minderheit des Volkes erzielt wurden. P. S. Staatsverbot aller alk. Getr. als Folge der Revolution.

England. Bekanntlich ist das englische Volk gewöhnlich in allen Dingen extrem; so auch im Trinken. Nirgends betrinken sich die Frauen so oft und so viel wie in England. Dort wurde indessen die Abstinenzbewegung schon früh, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, eingeführt und der von J. Malins aus den U. S. nach England eingeführte I. O. G. T. entwickelte sich sehr gut. Er stagnierte aber dann im 20. Jahrhundert, sowie die ganze Abstinenzbewegung, ausser in Schottland, wo es besser ging und das Lokalverbot angestrebt wird.

Der Krieg hat aber die Regierung und vor allem Lloyd George aufgerüttelt. Bei 30 Millionen Menschen, die dem sogenannten Board of Control unterliegen, wurde der Alkoholverkauf stark, fast auf die Stunden der Mahlzeiten, eingeschränkt, und statt dessen der Konsum gesunder Nährmittel und alkoholfreier Getränke gefördert. Der Erfolg war eine durchschnittliche Verminderung von über der Hälfte der Verhaftungen wegen Trunksucht (z. B. über 2000 wöchentlich in 1914 und nur 940 im März 1916).

Die Abstinenzvereine wurden dadurch geweckt und verlangen Total-

verbot aller alkoholischen Getränke während des Krieges, und sechs Monate darnach. Sie haben zwei Millionen Unterschriften dafür gesammelt und tausend Edelleute, Gelehrte und Pfarrer haben das Gleiche vom Parlamente gefordert. Man spricht jetzt wenigstens vom Totalverbot des Branntweins. Viel wird von dem früher für die Totalabstinenz kämpfenden Lloyd George erwartet.

Australien und Neuseeland. Ausser strenger Massregeln für den Schluss der Wirtshäuser am Abend usw., wie in England, haben jetzt alle Staaten des Common wealth of Australia das Lokalverbot, wodurch die gleichen Wege wie in den Vereinigten Staaten und in Canada bereits eingeschlagen worden sind. Schon länger aber besteht das Lokalverbot in Neuseeland, wo die Frauen das Stimmrecht besitzen und das Staatsverbot nicht mehr sehr lange auf sich warten lassen dürfte.

Andere englische Kolonien. Dort wechseln die Verhältnisse, je nach der Art der Bevölkerung. Buddhisten und Islamiten neigen zur Abstinenz, obschon das Koranverbot von letztern immer laxer gedeutet wird. Während Kanada, Australien und Neuseeland selbständig vorgingen, dürfte bei den andern britischen Kolonien eher ein ernsteres Handeln von Seite des Mutterlandes wirksam werden.

In **Holland** hatten die Abstinenten lange einen schweren Stand. Die Trunksucht war sehr arg und der Ruf „Sluit Schiedam“ (Schliesse die Schnapsbuden) wurde verlacht. Der sogenannte Mässigkeitsverein „Volksbond“ war nicht sehr ernst zu nehmen. Immerhin wurde eine Verminderung der Zahl der Wirtschaften erwirkt, die ein klein wenig nützte. Beim ersten Antialkohol-Kongress in Haag, 1893, war unsere Lage äusserst heikel. Dagegen beim zweiten, 1911, ging es viel besser und hatten die Abstinenten bereits weitaus die Oberhand über die Mässigen gewonnen. Damals richtete ich die einzige eingeschlafene neutrale Guttemplerloge mit Hülfe des Prof. van Rees wieder auf. Seitdem sind bereits 73 vortrefflich arbeitende Logen daraus geworden und geht die Bewegung trotz des Krieges flott vorwärts.

Kapland und die holländischen Kolonien dürften erst nach und nach folgen. Holland steht, wie wir in der Schweiz, mitten im Kampf, nachdem die ersten Anfänge überwunden wurden. In beiden Ländern sehnen wir uns nach dem Lokalverbot, das 600,000 Bürger durch Petition neulich in Holland verlangten. Die Regierung hat verboten Zerealien für Branntweinbrennen seit dem Krieg zu verwenden und die Schnapsausfuhr ebenfalls untersagt.

Im früher nüchternen **Frankreich** war vor dem Kriege so gut wie nichts geschehen und dort war nach und nach die Alkoholseuche die allerschlimmste in ganz Europa geworden. Nur einige schwache Sektionen des blauen Kreuzes und Logen der Guttempler waren entstanden. Aber der früher schon in Madagaskar als Abstinent wirkende Kriegsminister, General Gallieni, kämpfte energisch gegen die Unverschämtheit der interessierten Brauer und Brenner etc. in Marseille und anderswo. Im Februar 1915 wurde von der Kammer das Totalverbot des Absynths beschlossen. Seitdem gab es erbitterte Kämpfe gegen die Schnapsbrenner, die besonders von Ribot mit Hülfe der am Anfang des Krieges ganz gelähmten Ligue nationale contre l'alcoolisme (Riémmain) geführt wurden. Neue Vereine sind entstanden. Man erstrebt nun das Verbot des Schnapsbrennens nach Russlands Vorgehen, wenigstens während

des Krieges. Aber die Macht der Wirte ist in Frankreich furchtbar und Briands Bemühungen dadurch sehr erschwert. Die Regierung hat dennoch den frühzeitigen Schluss der Wirtschaften angeordnet und deren Verminderung in Aussicht genommen.

In den französischen Kolonien Algier und Tunis halten die Muselmänner heute immer seltener das Verbot des Korans aufrecht. Die dreivierteil derselben ungefähr sah ich schon 1910 überall Absynth und Schnaps trinken, die sie „Limonade“ und dergleichen mehr taufen. Dr. Santschi hat in Kairouan Guttemplerlogen gegründet, die Araber von Trunksucht heilten! Die Verschlimmerung seit meiner ersten Reise dorthin im Jahre 1889 war enorm. Nun werden allmählich in allen Kolonien von den Mutterländern gemeinsame Vorkehrungen getroffen, um der Entartung und schliesslichen Ausrottung der Eingeborenen durch den Alkoholismus vorzubeugen.

In **Deutschland** fand eine alkoholfreie Mobilisation statt. Dort hatte vor dem Kriege die Abstinenzbewegung langsame, aber stetige Fortschritte gezeitigt. Im Jahre 1887 (Zürcher Kongress gegen den Alkoholismus) war sie so gut, wie noch unbekannt und die „Mässigen“ blickten verachtungsvoll auf uns herab. Nun stehen letztere heute dort wie überall still. Dagegen gab es 1914, 77,000 alte und 3200 neutrale Guttempler, 59,600 Mitglieder des blauen Kreuzes, 45,000 Mitglieder der katholischen Vereine (sogar 160,000 Kinder bei letztern) und viele kleine Abstinenzvereine, im ganzen über 200,000, ohne Jugendliche, Trotzdem gab es im Krieg nur halbe Massregeln und die Gegenwehr der Behörden und besserer Offiziere zur Eindämmung des Uebels durch strengere Verordnungen. Schliesslich wurde doch das Brennen etwas eingeschränkt und sozusagen monopolisiert. Aber, trotz der Nahrungsknappheit wurden noch, besonders für die Bierbrauerei, viele Nährmittel vergeudet.

In **Oesterreich** war vor dem Krieg noch viel weniger als in Deutschland geschehen. Lebendig wurden dort zuerst der Abstinente Arbeiterverein und die Neutrale Guttemplerorganisation, mit wenigen Tausenden Mitgliedern. Im Krieg wurde ohne Alkoholverbot mobilisiert und die von den Behörden getroffenen Massregeln gegen Brennerei und Brauerei waren noch schwächer als in Deutschland.

In **Ungarn** kämpfte vor dem Krieg fast nur die neutrale Guttempler-grossloge (in Siebenbürgen die alte). Während des Krieges wurde den Bahnhöfen verboten, geistige Getränke den vorüberfahrenden Truppen zu verabreichen. Sonst geschah dort jedenfalls sehr wenig.

Auf dem **Balkan** hatte ich selbst vor dem Kriege (1910) erst einige neutrale Guttemplerlogen in Bulgarien und der Türkei gegründet, nachdem die Herren Dr. Danitsch, Popovitch und andere in Serbien das gleiche Werk bereits vortrefflich sich entwickeln liessen (unter andern 5000 abstinente Pfadfinder im Orden organisiert hatten). Der Krieg hat dort vorläufig alles zerstört oder gelähmt. Die Islamiten haben das Trinken in der Türkei ebenso gelernt wie in Algier. Der damalige Grossvezir Hakki Pascha sagte zu mir selbst ganz naiv, dass er sehr gern einige gute Gläser Bordeaux trinke!

In **Italien** habe ich 1909 eine Guttemplerloge gestiftet; zwei andere kamen nachher hinzu — alles in Mailand. Vorher hatte Pfarrer Giovanni Rochat einen ganz kleinen Abstinenzverein auf protestantischer

Basis mit einem Blättchen „Bene Soziale“ gegründet. Alles schläft leider jetzt, nachdem der Antialkoholkongress in Mailand 1913 gute Aussichten eröffnet hatte. Dennoch hat die italienische Regierung den Schluss der Wirtschaften um halb elf Uhr abends angeordnet.

In der **Schweiz** hatte 1875 das Blaue Kreuz angefangen. Die Guttempler kamen 1892 hinzu, nachdem 1890 der Alkoholgegnerbund vorgegangen war. Der Kampf war hart. In den 80er Jahren hatte der Bund das Alkoholmonopol eingeführt und dadurch die Kantone an dem Schnapsverkauf interessiert. Trotz allem nahm die Abstinenzbewegung aber stets zu.

Ein Absynthverbrechen gab 1905 Anlass zu einer Volksbewegung, zuerst im Kanton Waadt und dann überall. Die Gelegenheit benützend griffen wir zur Initiative, und am 5. Juli 1906, trotzdem der Bundesrat die Ablehnung empfahl, nahm das Volk mit grosser Mehrheit das Absynthverbot an.

Heute zählen die Abstinenzvereine in der Schweiz ungefähr 115,000 Mitglieder, (etwa 53,000 Erwachsene und 62,000 Jugendliche). Also nahe an 3% der Bevölkerung sind organisierte Abstinente. Die Wirkung ist so, dass man uns nun ernst zu nehmen beginnt.

Die Mobilisation verlief 1914 viel nüchterner als früher. Viele Offiziere wurden strenger gegen alkoholische Ausschreitungen, und das Heer ist im ganzen erheblich nüchterner geworden. Zu erwähnen ist noch die vortreffliche Gründung des Verbandes „Soldatenwohl“ durch Frauen in Verbindung mit den Militärbehörden. Es sind dies alkoholfreie Soldatenstuben und Restaurants, wo die Mannschaft in freien Stunden sich bei Ausschluss alkoholischer Getränke gemütlich erholen und unterhalten kann (Lektüre, Spiele etc.). Bald nach Anfang des Krieges wurde das Getreidebrennen vom Bund verboten.

Trotzdem ist der Alkoholkonsum noch horrend stark und die Behörden gestatten noch die Herstellung von Bier aus Reis und dergleichen mehr. Harte Kämpfe stehen uns bevor gegen die noch freien Obstbrennereien der Bauern (schon begonnen), gegen den Brantwein überhaupt und vor allem für Erlangung von Lokalverbotsgesetzen in den Kantonen. Gleich Holland stehen wir mitten im Beginn des ersten Kampfes, zwar hinter England und Dänemark, sind aber weiter fortgeschritten als der übrige europäische Kontinent, Russland ausgenommen.

In **Spanien, Portugal und Griechenland** ist noch nichts geschehen. In **Rumänien** soll die Regierung das Brantweinverbot fast eingeführt haben.

In **Belgien** stand es vor dem Krieg etwa wie in Frankreich für Brantwein und Bier. Wir hatten einige Logen des neutralen Guttempler-Ordens, die aber vorläufig schlafen müssen. Wie ich höre ist der abstinente belgische Staatsminister Vandervelde von der Regierung beauftragt worden, den Entwurf zu einer neuen Alkoholorganisation auszuarbeiten.

In **Südafrika** gibt es eine Grossloge des alten Guttemplerordens. Sonst scheint hier nicht viel geschehen zu sein.

In **Japan** steht Herr Taro Ando einem nationalen Abstinentenbund nach englischem Muster vor, der jedoch wenig Bedeutung hat. Dort sind die Trinkgewohnheiten des früher nüchternen Volkes im Wachsen begriffen.

China hat sich gegen die das Volk erdrückende Opiumplage selbst zu wehren verstanden. Bei seinem Erwachen wird sicher dieses Land sich auch gegen den Alkohol zu schützen wissen.

Die neue **Panamarepublik** hat unter Leitung der U. S. das Totalverbot eingeführt und blüht mit dessen Hülfe empor.

In **Argentinien** hatte ich mit Hülfe des Herrn Vörtler und des Herrn Dr. Delfino eine neutrale Guttemplerloge stiften lassen können. Doch hat der Krieg hier auch alles ruiniert und unsere Loge einschlafen lassen.

In **Brasilien** (Rio de Janeiro) gibt es eine kleine Antialkoholliga deutscher Sprache. Uebrigens gibt es sonst nichts ernstes in Süd- und Zentralamerika für den Antialkoholkampf.

* * *

Aus obiger Uebersicht geht kurz hervor, dass aus dem noch vor einem Jahrhundert am ärgsten alkoholisierten Norden das Licht der Reform immer leuchtender wird und das Alkoholverbot dem endgültigen Sieg immer näher rückt. In den gemässigten Zonen waltet der Kampf mit wechselndem Erfolg. Die Tropen und China schlafen noch. Die nicht erwähnten Kolonien gehen meistens nach dem Muster ihres Mutterlandes vor. Aus einigen Ländern, wie Siam, Abessinien, Liberia etc. konnte ich nichts erfahren.

Die meisten Daten der vorgehenden Arbeit verdanke ich den Angaben unseres peinlich gewissenhaften Abstinenzsekretärs Prof. Hercod, der sich grundsätzlich von jeder Uebertreibung fernhält. Es sei ihm zum Schluss hiefür mein herzlichster Dank ausgesprochen.



DR. JULIAN REICHESBERG, BERN: DAS WOHNUNGS- PROBLEM IN SEINER SOZIALPOLITISCHEN BE- DEUTUNG.



IR leben in einer der furchtbarsten Zeiten, die je die Geschichte der Menschheit zu verzeichnen hatte. Ein in seiner Grausamkeit einzig dastehender Krieg überzieht seit vollen drei Jahren fast den ganzen Erdball. Unzählige Hekatomben von blühenden Menschenleben werden hingeopfert, und jeder Tag, ja, jede Stunde steigert ihre Zahl ins Ungeheure.

Dantes grauenerregende Phantasie ist zur lebendigen Wahrheit entstanden. Die Hölle mit all ihren furchtbaren Qualen hat von unserem Planet Besitz ergriffen, und wann das Ende dieser düstern Zeit zu erwarten wäre, ist gar nicht abzusehen.

Eine Zeitlang schien es, als ob überhaupt alle Fragen der menschlichen Kultur und des gesellschaftlichen Zusammenlebens nur insofern die Aufmerksamkeit der massgebenden Stellen im Staate und selbst der aufrichtigsten Freunde des Fortschritts auf sich zu lenken vermögen, als sie zur Ermöglichung einer intensiveren Kriegsführung beizutragen imstande sind. Ja, in verschiedener Beziehung sind Massnahmen, wie z. B. auf dem Gebiete der Sozialpolitik und des Arbeiterschutzes, die vorher noch als unerlässliche galten, eben mit Rücksicht auf den Krieg entweder gänzlich oder wenigstens teilweise aufgehoben worden.

Alles für den Krieg! das war das Losungswort nicht nur für die im bitteren Streit miteinander liegenden Völkerschaften, sondern selbst der sich neutral verhaltenden Staaten.

Niedergedrückt und entmutigt stand da der sozialpolitisch denkende Mensch, enttäuscht in seinen besten Hoffnungen.

Aber die moderne Gesellschaft ist schon ihrer Struktur nach nicht imstande, selbst in Zeiten von so katastrophalem Charakter, wie die unsrige, sich auf die Dauer den notwendig werdenden Massnahmen auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens zu verschliessen. Und so sehen wir denn auch hie und da ein allmähliches Wiedererwachen der sozialpolitischen Tätigkeit. Zunächst noch immer in Anlehnung an die Bedürfnisse des Krieges, dann aber auch in ihrer frühern Form, d. h. in ihrer vorsorglichen und lindernden Tätigkeit den Schäden gegenüber, welche durch die bestehende Gesellschaftsordnung die breiten Volksschichten zu erleiden haben.

Unter den Problemen, die heute nun wieder auf der Tagesordnung stehen, ist das Wohnungsproblem sicherlich nicht das geringste. Es genügt, darauf hinzuweisen, dass noch vor ganz kurzem das preussische Abgeordnetenhaus sich damit in eingehender Weise beschäftigte. Bedenkt man auch noch, dass nach dem Kriege, der trotz fortwährenden neuen Verwicklungen doch einmal sein Ende haben wird, es viele zerstörte menschliche Wohnstätten von Grund auf neu aufzurichten bevorsteht, so ersieht man leicht, welch hohe Bedeutung und eminente Wichtigkeit dieser Frage in der Tat gerade jetzt zugestanden werden muss. *)

Das Wohnungsproblem in seiner ganzen Weite und seiner vielseitigen Gestaltung hier in dem uns kurz zugemessenen Raum aufrollen zu wollen, wäre eine Sache der Unmöglichkeit und eine völlige Verkenntung des Problems. Richtig aufgefasst, berührt es sich innig mit allen Problemen des sozialen Lebens und ist so sehr mit der ganzen modernen Gesellschaftsordnung verknüpft und verbunden, dass es auch nur im Zusammenhang mit dem grossen Komplex von Fragen, welche diese hervorgerufen hat, begriffen und gewürdigt werden kann. Anders gesprochen, das Wohnungsproblem ist ein Teil der grossen sozialen Frage der Gegenwart. Unter diesen Gesichtspunkt ist es zu stellen, will man seine wahre Bedeutung erfassen und einer gründlichen Lösung zuführen helfen.

*) „Es liegt dringende Gefahr vor“, schreibt z. B. Dr. K. von Mangoldt in der „Sozialen Praxis“ vom 9. Dezember 1915, „dass nach dem Kriege, wenn nicht sehr energisch eingegriffen wird, eine sehr starke Wohnungsnot mit allen ihren üblen Folgeerscheinungen eintritt, und insbesondere dürfte diese Gefahr für die Kleinwohnungen bestehen, in die bei dem wirtschaftlichen Rückgang so vieler Familien sich eine weitgehende Abwanderung vollziehen wird.“

In einem Brief an den Herzog von Augustenburg schreibt Friedrich Schiller: „Der Mensch ist noch sehr wenig, wenn er warm wohnt und sich satt gegessen hat, aber er muss wärmer wohnen und satt zu essen haben, wenn sich die bessere Natur in ihm regen soll.“ Diese knappen Worte des Dichters sprechen viel mehr als manch dickleibiger Traktat.

Von einer wahren Kultur dort zu sprechen, wo der weitaus grösste Teil unserer Mitmenschen selbst den primitivsten Sorgen noch nicht enthoben ist, ist müssig und unsinnig.

Leider braucht es keine grosse Mühe, um ein geradezu erdrückendes Material herbeizuschaffen für den Beweis des ungemein traurigen und überaus beschämenden Zustandes, der noch heute auf dem Gebiete der menschlichen Behausung herrscht.

In einem seiner Aufsätze sagt Friedrich Naumann*) von der Grossstadt, dass sie in gewissem Sinne einem Auswandererschiff gleicht, bei dem der grösste Raum der Maschine gehört, und bei welchem die Reisenden der ersten und zweiten Klasse sich in gemächlicher Breite ergehen können, während das Zwischendeck vollbesetzt ist mit Menschen, deren Bewegung beständig durch ihre übergrosse Nähe und Dichtigkeit gehemmt ist.

Wenn auch dieser Vergleich nicht ganz das Bild uns vermittelt, welches die Wirklichkeit in dieser Beziehung aufweist, so sagt er doch deutlich genug, welch Wohnungselend in den meisten modernen Grossstädten hinter schönen Fronten an breiten, glänzenden Strassen sich verbirgt. Aber nicht nur die Grossstädte wissen von diesem Elend zu erzählen, auch in den nichtgrosstädtischen Industriezentren und in vielfacher Beziehung selbst auf dem Lande ist dieses zu konstatieren.

Ein Nachweis dafür braucht einem Sozialpolitiker gegenüber heute nicht mehr erbracht zu werden. Leider steht die Sache ganz anders bei einem nicht geringen Teile des gewöhnlichen Publikums und noch weniger günstig bei den breiten Massen.

Die Wohnung! Was bedeutet diese für den Menschen? Wie viele sind es, die die ganze Tragweite dieser Frage und in ihrem ganzen Umfange begriffen haben? Trotz einer reichhaltigen Literatur, die über unseren Gegenstand existiert, trotz mancher Aufklärungsarbeit der letzten Zeit, ist es immer noch bloss ein kleiner Kreis von Leuten, dem die Aktualität dieser Frage so recht zum Bewusstsein gelangte. Und doch braucht die Bewegung zugunsten einer erspriesslichen Wohnungsreform einen kräftigen Nachdruck durch die Einigkeit der gesamten Bevölkerung und eine steigende Erfüllung der Massen mit dem Bewusstsein der unbedingten Notwendigkeit einer gesunden Reform.

Leider stumpft die Gewohnheit den Menschen für manches ab, gegen das er sich sonst gewiss empört haben würde, und macht ihn gar zu oft unfähig, sich gegen die ihm zuteil werdende Ungerechtigkeit zur Wehr zu setzen.

Das Wohnungsproblem ist nicht ausschliesslich ein unserer Zeit eigentümliches. Auch den früheren Geschichtsperioden war ein solches bekannt. Aber wie es zu verschiedenen Zeitabschnitten eine wesentlich verschiedene soziale Frage gegeben hat, ebenso wechselte der Inhalt und Umfang des Wohnungsproblems.

*) Süddeutsche Monatshefte, 4. Jahrgang, I. 127.

Nur ein paar kurze Bemerkungen darüber.

Schon das alte Rom wusste von ungeheuern Missständen zu erzählen. So berichtet uns Martial im 1. Jahrhundert der Kaiserzeit von finsternen Proletarierwohnungen, in die man nicht aufrecht eintreten konnte, und von den engen Zellen, in welchen die unfreien Grundschichten der Bevölkerung wohnten, und sagt, dass oft ein Krug, eine Matte, ein Haufen Stroh, ein Bettgestell das einzige Mobiliar gewesen und eine kurze Toga der einzige Schutz gegen die Kälte. Gerade wie heute war schon damals das Wohnungswesen in den grösseren Städten vielfach Gegenstand kapitalistischer Spekulation. Rom selbst soll in der Kaiserzeit bis zwei Millionen Einwohner gezählt haben. Etwa 1780 mit grossem Luxus ausgestatteten Patrizierhäusern standen rund 46 000 vielstöckige Mietskasernen gegenüber. Das Gewerbe wurde vielfach in Kellern betrieben, wo in den meisten Fällen die gewerbetreibende Bevölkerung auch hauste. Und der musste sich förmlich glücklich schätzen, dem es gelang, eine Dachwohnung hoch oben unter den Ziegeln, „wo die Tauben nisten“, zu bekommen.

Das Bild gleicht in mancher Beziehung dem, das auch uns nicht unbekannt ist. Aber im Grunde kommt es zunächst darauf an, wer die Insassen dieser Wohnungen sind und welche Auffassung sie vom Leben haben.

Es ist hier nicht der Ort, uns in tiefere Erörterungen einzulassen. Es soll nur darauf hingewiesen werden, dass die Psychologie des Bürgers, der teilweise noch in klientellem Verhältnisse stand, und selbst des „freien“ Bürgers, der mit „panem et circenses“ leicht zu beschwichtigen war, nicht diejenige der breiten Volksschichten von heute sein konnte. Mit Recht sagt ein bekannter Nationalökonom, dass zwischen jedem Fortschritt unserer inneren Kultur und unseren Wohngewohnheiten und Bedürfnissen ein unzerreissbarer Zusammenhang bestehe.

Nicht die menschenunwürdigen Wohnungen als solche waren denn auch damals Gegenstand eines Protestes, wenn es überhaupt zu einem derartigen gekommen war, sondern die Unerschwinglichkeit des Mietzinses selbst für diese Art „Wohnungen“, und diesen Klagen gaben dann die Machthaber, um ihre Popularität zu steigern, von Zeit zu Zeit nach. So wissen wir, dass Cäsar und Oktavian sich veranlasst sahen, je einmal einen einjährigen Mietzinsnachlass zu verordnen. Von irgend welchen radikaleren Mitteln zur Beseitigung dieser Misere wussten wir wenigstens nichts zu erzählen.

Streifen wir nun das Mittelalter.

Hier entrollt sich vor unseren Augen ein ganz anderes Bild. Die Städte waren von privilegierten Geschlechtern beherrscht; im Mittelpunkt des gewerblichen Lebens standen die Zünfte. Ein enger Gesichtskreis lag wie ein schwerer Nebel auf dem mittelalterlichen Städtebild. Das Leben war in starre Rahmen eingezwängt. Auch äusserlich beengten Wall und Graben die Städte und hemmten ihre freie Entwicklung*). War man zu Anfang des Städtebaues den neuen Ankömmlingen noch recht gut gesinnt, da sie eine Machtverstärkung der Insassen dieser Flecken bedeuteten gegenüber den Feudalherren,

*) Vgl. Prof. F. Erismann, Was verstehen wir unter kommunaler Sozialpolitik? S. 1.

welche die Städter terrorisierten und zu allerhand Abgaben zwangen, so trat in der Folgezeit, als es den Städtern nun gelungen war, sich dieses Druckes zu erwehren, eine Reaktion ein; man suchte sich hinter den Stadtmauern so weit als möglich abzuschliessen, um nicht den lokalen Markt mit „fremden Eindringlingen“ teilen zu müssen.

Die Strassen der Städte wurden daher immer schmaler und krummer, die Häuser höher, der Hof enger. Frische Luft und Sonnenlicht waren in der Mehrzahl der Wohnungen selten Gäste, der Stadtboden durch allerhand Unrat verpestet. In seinem Buche „Die Entwicklung des deutschen Städtewesens“, erzählt Hugo Preuss von einer Ratsverordnung, in der „die guten Bürger ersucht werden, den Mist doch nicht bis zur Höhe der Stadtmauer aufzutürmen und ihn möglichst nicht länger als acht Tage auf der Strasse liegen zu lassen“.*)

Es ist begreiflich, dass bei einer derartigen Missachtung der aller elementarsten Regeln der Hygiene die gesundheitlichen Verhältnisse in diesen Städten die denkbar ungünstigsten waren: es nisteten sich allerhand epidemische Krankheiten ein und dezimierten von Zeit zu Zeit die Bevölkerung.

Dennoch gab es keine Wohnungsfrage, wie sie der neueren Zeit eigen ist, weder der Form noch der Bedeutung nach. Waren doch die meisten dieser Städte Sitzplätze des Kleingewerbes, in denen fast jeder Handwerksmeister sein eigenes Haus besass. Die Handwerksgesellen und -Lehrlinge wohnten in der Regel bei ihrem Meister und wurden im allgemeinen nicht schlechter als seine Familienglieder behandelt. Auch die hausindustriellen Arbeiter erfreuten sich meistens eines eigenen Häuschens. Was also not tat, waren zunächst vernünftige baupolizeiliche und sanitäre Verordnungen.

Selbst später, als sich mit der Entwicklung der Zentralgewalt auch grössere Wohnzentren herauszubilden begannen, war die eben dort aufkommende neue Produktionsweise noch wenig geeignet, beträchtliche Massen herbeizulocken, und von einer akuten Wohnungsnot konnte daher auch da kaum noch die Rede sein. Ist doch im Grunde genommen dieses ganze Problem ein die Behausung der unteren Schichten der Bevölkerung betreffendes. Und wenn hie und da auch die mittleren und selbst die höheren Schichten an anormalen Wohnverhältnissen zu leiden haben, so kommen diesen „Leiden“ in keiner Weise die tiefgreifende Bedeutung zu, wie denjenigen der ärmeren Klassen. Eine derartige Bedeutung gewann das Problem erst mit der grossartigen Entfaltung der modernen Betriebsformen und der durch sie bedingten Anhäufung von Massen an den Standorten der Industrie.

Die Renaissance mit dem sie begleitenden Humanismus und der ihr folgenden Reformation leiteten die neue Epoche ein. Eine Aera der grossartigsten Fortschritte auf dem Gebiete der Natur- und angewandten Wissenschaften brach heran und machte allmählich die mittelalterliche Gebundenheit des Individuums als Mensch und Bürger unerträglich. Die beginnende Umwälzung der bestehenden Wirtschaftsordnung machte sich in immer greifbareren Formen bemerkbar und fand ihren theoretischen Ausdruck in den philosophischen und natur-

*) S. 47

rechtlichen Anschauungen, die eine ursprüngliche Freiheit und Gleichheit der Individuen und eine Harmonie der Interessen postulierten.

Als legitimes Kind dieser beiden Umwälzungen — der wirtschaftlichen und geistigen — ist die grosse französische Revolution zu betrachten. Sie hat alle die noch stehen gebliebenen Schranken der alten Kulturordnung niedergerissen und so auch den neuen Produktionsmöglichkeiten freie Bahn geschaffen.

Ein neues, früher nie gekanntes und geahntes Leben begann. Es bildeten sich Industriezentren mit einer rasch anwachsenden Bevölkerung. Grosse Arbeitermassen wurden zur Bewältigung der sich anhäufenden Arbeit aus dem platten Land herbeigezogen. Es entstanden die für unsere Zeit so überaus charakteristischen riesigen Städte mit ihren in die Hunderttausende und Millionen gehenden Einwohner.

Welch raschen Verlauf dieser Prozess der Bevölkerungskonzentration in den Städten genommen hat, darüber nur ein paar ziffermässige Angaben. Es zählte z. B. Berlin 1801 173,000, 1843 349,000 und 1875 967,000 Einwohner, 1910 aber schon 2,07 Millionen und mit seinen Vororten sogar 3,711 Millionen Einwohner. Hamburg wies 1871 eine Einwohnerzahl von 338,374 auf, 1910 aber 1,014,664, was eine Vermehrung von 199,3 Prozent ausmacht. In ganz Deutschland lebten in Grossstädten, d. h. in Orten mit mehr als 100,000 Einwohner, 1882: 3,3 Millionen, 1910: 13,82 Millionen. Die Zahl der Grossstädte selbst ist von 8 im Jahre 1871 auf 48 im Jahre 1910 gestiegen und die in ihnen vorhandene Bevölkerung macht 21,3% der Gesamtbevölkerung Deutschlands aus. Paris hatte 1817 714,000 Einwohner, 1876 1,989,000; zehn Jahre später 2,256,000 und 1900 2,714,000 Einwohner. London besass 1801 959,000 Einwohner, 50 Jahre nachher 2,362,000 und wiederum nach 50 Jahren 4,536,000. Mit den Vororten zählt London jetzt rund $7\frac{1}{4}$ Millionen Bewohner. Im Zeitraum von zehn Jahren — zwischen 1881 und 1891 — vermehrte sich die städtische Bevölkerung in England um 15,4%, während die ländliche nur um 3% zunahm.

Ein verkleinertes Bild derselben Art finden wir auch in der Schweiz. Auch hier kommt das bekannte „Zug nach der Stadt“ zum Ausdruck. Auf Grund der von uns bald nach der Volkszählung von 1900 angestellten Berechnungen hat sich ergeben, dass die grösseren Gemeinden an Zahl zunehmen und einen immer stärkeren Prozentsatz der Bevölkerung in sich vereinigen; sodann aber auch, dass das Wachstum der Bevölkerung in solchen Gemeinden weitaus rascher vor sich geht als in den kleinern. So vermehrte sich die Einwohnerzahl der mittleren Gemeinden mit einer solchen von 5001 bis 10,000 gegenüber dem Bestand von 1880 im Jahre 1888 um 22,04% und 1900 um 50,97%. In den Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von über 10,000 wies zwar das Jahr 1888 nur eine Zunahme von 14,12% auf, aber dafür ergab das Jahr 1900 eine solche von 75,89%. Zieht man dann nur die Bevölkerung der Gemeinden mit über 20,000 Seelen in Betracht, so ist die Zunahme noch eine gewaltigere: 1888 weist eine Vermehrung von nur 21,35% auf, das Jahr 1900 aber eine solche von 97,60%. Im einzelnen ist die Bevölkerungszahl gewachsen: in Zürich z. B. von 17,640 im Jahre 1850 auf 200,000 im Jahre 1913; in Basel von 27,300 auf 136,000 im Jahre 1910. Genf im gleichen Zeitraum von 31,238 auf 123,153. Bern hatte 1880 27,558 Einwohner und jetzt nun über 100,000.

Waren es 1850 nur 8 Gemeinden mit einer Bevölkerung von über 10,000, so gab es 1900 deren 21; es trat somit eine prozentuale Vermehrung von 6,4 auf 22% ein.

Ueberall also eine starke Konzentrationstendenz der Bevölkerung, ein Zusammenrücken und Zusammenströmen in grossen Zentren, ein Zusammenballen, als ob hier ein geheim wirkendes physikalisches Gesetz zur Geltung käme.

Diese ungeheure Umwälzung musste selbstverständlich eine ebenso tiefgreifende Aenderung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens hervorrufen. Gehört die Entfaltung des Städtewesens zu den anziehendsten Erscheinungen des modernen öffentlichen Lebens, äussert sich, was immer unsere Zeit Grosses und Bedeutendes hervorgebracht hat in Kunst und Wissenschaft, in Technik und Wirtschaft, an kulturellen und humanitären Gedanken und Taten vor allem und in vollkommster Weise in den Grosstädten, als den Brennpunkten des Volkslebens, so sind auf der anderen Seite gerade sie vor allem und zunächst der Schauplatz des vielen Elends, das als tiefer Schatten auf unserer Kultur lagert. Gerade in den grossen Städten bilden die unbemittelten Volksschichten einen steigenden Prozentsatz der Gesamtbevölkerung; gerade hier werden die ökonomischen Verhältnisse des nicht fundierten Einkommens sowohl relativ wie absolut immer ungünstiger. Aber auch hier in diesen Städten ist es, wo sich neue Bevölkerungsklassen herausbilden, verschieden von denen früherer Epochen, die andere Sitten und Bedürfnisse haben, vor allem aber in ihrem politischen Denken und Trachten ganz anders geartet sind und das Bewusstsein haben, dass die Missstände, die sie umgeben, zwar aus den bestehenden Verhältnissen herrühren, gerade deswegen aber gleichzeitig mit diesen Verhältnissen, die gar nicht so sein müssen, wie sie zurzeit sind, zum Verschwinden gebracht werden können.

Damit ist nun die Grundlage gegeben, auf der das ganze Wohnungsproblem fusst. Zugleich aber auch ersichtlich geworden, woher ihre ungemein zugespitzte Aktualität kommt.

Ein gesellschaftliches Problem entsteht nur dann und gewinnt nur insofern eine Bedeutung, als es der Gesellschaft oder wenigstens einem gewissen Bruchteil ihrer Mitglieder zum Bewusstsein gelangte, dass dieses oder jenes zur Zeit Bestehende nicht so geartet ist, wie es sein sollte, dass es nicht mehr die Aufgabe zu erfüllen vermöge, die man von ihm erwartete und dass nun auch die Möglichkeit vorhanden sei, eine Aenderung in gewünschtem Sinne herbeizuführen. Wo dieses Bewusstsein fehlt, gibt es auch keine Probleme, mögen die gesellschaftlichen Einrichtungen noch so zweckwidrig sein und mögen sie jedem Einzelnen selbst in seinen Existenzbedingungen bedrohlich werden.

Wie schon hervorgehoben, fanden tiefgreifende Umwälzungen und Veränderungen auf allen Gebieten des menschlichen Zusammenlebens statt. Mit ihnen Hand in Hand ging auch eine solche Veränderung in der Wohnweise der städtischen Bevölkerung.

„Das eigene Haus als ererbter und traditioneller Mittelpunkt der Familie ist in den grossen Städten schon fast vollständig der Mietwohnung gewichen“, sagt Philippovich in seinem Grundriss der politischen Oekonomie.*)

*) 2. Bd., II. Teil, S. 382, 4. Auflage.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren in allen deutschen Grossstädten die Eigentümerwohnungen auf weniger als 25 Prozent der Gesamtwohnungszahl zurückgedrängt, ja vielfach waren sie auf 10 Prozent und weniger beschränkt. In 29 Städten mit mehr als je 50,000 Einwohnern waren um 1900 herum von 1,950,222 bewohnten Räumen 1,742,688 Mietwohnungen. In der Schweiz hatte Basel schon 1889 23,1 Prozent Eigentümerwohnungen und 76,9 Prozent Mietwohnungen; in Zürich waren 1896 die betreffenden Zahlen 16,6 und 83,4; in St. Gallen 1897 17,7 und 82,4; in Winterthur 1896 28,3 und 71,7 und in Bern im gleichen Jahre sogar nur 14 und 86.

Das Massenmiethaus mit seinen hochgetürmten Stockwerken und tiefen Hofwohnungen ist zum Typus der städtischen Bauart geworden. Es ist charakteristisch, dass man diese kasernenartigen Bauten, die der Spekulation am besten zu dienen schienen, selbst mit hohen moralischen Motiven zu rechtfertigen suchte. Ihre „Zweckmässigkeit“ hatte man nämlich damit begründen wollen, dass in ein und demselben Haus sodann Wohnungen verschiedener Preislagen für Mieter der verschiedenen Stände vorhanden seien, wodurch eine Abschliessung der Reichen von den Armen verhindert und eine Durchdringung der verschiedenen Bevölkerungsschichten gefördert würde, wobei die Armen und Kranken der Wohltaten seitens der Begüterten teilhaftig werden könnten.*)

Die aufstrebenden, ihrer Würde als Menschen und Bürger immer mehr sich bewusst werdenden Klassen wissen aber diese Motive richtig einzuschätzen. Sie wissen sehr wohl, dass nicht eines derartigen Effektes wegen so und nicht anders gebaut wird; sie haben begriffen, dass dieselben wirtschaftlichen Verhältnisse, die eine Konzentration der Massen in den Städten verursachten, auch deren weitere Konzentration innerhalb der Städte selbst bewirken und eine fortwährende Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse bedingen müssen, falls nicht durch irgend welche Faktoren eine Umgestaltung der bisherigen Verhältnisse eintreten wird.

Ein paar Zahlen werden uns auch hier die Situation beleuchten helfen.

Auf ein bewohntes Gebäude kamen in Berlin 1890 52,6 Bewohner, 1905 schon 77,54, in Breslau im gleichen Zeitraum stieg die Zahl von 35,4 auf 51,97. Wien hatte schon 1881 auf ein Gebäude 58,7 Einwohner zu verzeichnen; diese Zahl ist 1910 bis auf 52,94 zurückgegangen. In Paris waren es im Jahre 1881 32,4.

Im Vergleich zu diesen Zahlen wirkt die Bewohnerzahl pro Gebäude in den Schweizer Städten weniger beängstigend, — sie variiert in den sieben grösseren Städten zwischen 14,5 und 18,4. Es ist aber, wie H. Schatzmann**) richtig bemerkt, ein direkter Vergleich kaum zulässig, denn der Begriff „Gebäude“ ist eben kein fester, keine konstante Grösse.

Einen viel richtigeren Massstab zur Beurteilung der Wohnverhältnisse liefern uns jene Tatsachen, die eine ganz offene und unzweideutige Sprache sprechen. Da erfahren wir, dass in Berlin im Jahre 1900 rund 724,000 Einwohner in 200,000 einräumigen Wohnungen hausten; ja, dass in 27,000 dieser „Wohnungen“ 160,000 Menschen,

*) Vergl. A. Ertel. Die Entwicklung des grossstädtischen Wohnungs- und Verkehrswesens in den letzten Jahrzehnten unter besonderer Berücksichtigung der Wiener Verhältnisse. Wien 1915. S. 3.

**) Kommunale und genossenschaftliche Boden- u. Baupolitik. Bern 1913, S. 12.

also in jedem Raum sechs und mehr Personen untergebracht waren. Im gleichen Jahre lebten dort noch 91,000 Menschen in Kellerwohnungen, welche zum Teil sehr feucht waren. In Hamburg beherbergten solche Kellerwohnungen 43,000 und in Breslau 15,000 Menschen. In Halle sind noch 1910 mehr als 1,100 Kellerwohnungen gezählt worden, u. s. w. Von Zürich z. B. sagt uns Schatzmann, dass in Zeiten der stärksten Wohnungsnot und auch heute noch es nicht zur Seltenheit gehört, dass ein und dieselbe Wohnung von drei Haushaltungen mit gemeinsamer Küchenbenutzung besetzt ist.

Wohnungen, die aus einem einzigen Raum bestehen, finden sich in Köln 13%, in München 17,5%, in Breslau 41,5%. Von der Gesamtbevölkerung leben in diesen „Wohnungen“: in Köln 7%, in München 21% und in Breslau 35%, hier also mehr als ein Drittel der Bevölkerung. Nach der 1900 vorgenommenen Wohnungszählung waren in Berlin von im ganzen 470,000 Wohnungen 236,700 = 43,64% einräumig, 132,000 = 28% zweiräumig, also fast 72% der Wohnungen schon der Zahl der Räume nach nicht geeignet für eine grössere Familie. Noch ungünstiger lagen die Verhältnisse in einer Reihe anderer Städte, so z. B. in Bremen, wo die einräumigen Wohnungen gar 54,87%, in Königsberg 54,16% betrug.

„Es gibt in Strassburg, London und in anderen Orten Wohnungen“, heisst es bei einem Schriftsteller, „welche nicht diesen Namen, vielmehr denjenigen von Höhlen verdienen, bisweilen mehr Aenlichkeit mit Viehställen, als mit menschlichen Wohnungen haben und bei deren Beschreibung die Feder sich sträubt“. Eine Bestätigung dieser Worte finden wir schon allein in der Tatsache, dass z. B. in London vor einiger Zeit über 60,000 Familien je nur ein Zimmer bewohnten; in Paris waren es 25,000 bis 30,000 Familien. Fünf oder sechs Personen beiderlei Geschlechts, jeglichen Alters lebten da zusammen, drei oder vier schliefen da häufig in ein und demselben Bett. In Königsberg waren 16,17% der einräumigen Wohnungen, in Posen 24,07%, in Bremen 22,35%, in Magdeburg 16,37% von sechs oder mehr Personen bewohnt.

In einem Bericht der Zürcher grossrätlichen Kommission vom Jahre 1900 über die Arbeiterwohnungsfrage kann man folgendes lesen: „Es gibt hier (also in Zürich) Wohnungen, die zu ihrem Wohnverhältnis mit Bewohnern überfüllt werden, wo in einer Wohnung mit 3 bis 4 Zimmern 2 bis 3 Familien untergebracht sind mit 10 bis 12 Personen, oder wo Schlafgängereien eingerichtet sind, die eher einem Schlafstalle, wo alles zusammengepfercht ist, gleichen“.

Das sind nur einige — und zwar ganz winzige im Vergleich zu dem vorhandenen fast erdrückenden Material — ziffermässige Angaben für die Beurteilung des Wohnungsproblems. Will man ein etwas plastischeres Bild erhalten von all der Misere, die sich hinter diesem Problem verbirgt, so lese man wenigstens die Enquete, die im Sommer 1905 von dem Breslauer Ortskrankenkaserverband angestellt worden ist. Die dort vorgeführten „Bilder“ gelten zwar nur für Breslau, aber solche Analogien sind in genügender Zahl auch anderswo anzutreffen.

Sombart, der in seiner Schrift „Die Gesellschaft“ eine Anzahl dieser „Breslauer Bilder“ wiedergegeben hat, glossiert sie mit der Hinschrift: „Das ist die traute Hütte des armen Mannes, in der der Friede

wohnt!“ Und er fügt schelmisch hinzu: „Man denke: Faust, die vier dunkeln Treppen im Hof zur Dachkammer seines Gretchens emporstolpernd, tritt ein und spricht:

„Wie atmet rings Gefühl der Stille,
Der Ordnung, der Zufriedenheit.
In dieser Armut, welche Fülle!
In diesem Kerker, welche Seligkeit!
Ich fühl, o Mädchen, deinen Geist.
Der Füll' und Ordnung mich umsäuseln,
Der mütterlich dich täglich unterweist,
Den Teppich auf dem Tisch dich reinlich breiten heisst,
Sogar den Sand zu deinen Füßen kräuseln.“

„Und stelle sich obendrein noch vor“, fährt er weiter fort, „dass das „Heiligtum“ in einer grossen Mietskaserne liegt, wo 6 bis 8 Parteien auf jeder Etage im süßen Dämmerseine aufeinander hocken, wo viele hunderte von Mietern durch dasselbe Haustor ein- und ausgehen: unter ihnen Faust und Mephisto!“

Die von Marx in seinem „Kapitol“ (Bd. 1, S. 624) wiedergegebene Äusserung eines Dr. Simon über den städtischen Wohnungszustand in England passt noch jetzt auch für manche Städte des Kontinents. Dr. Simon sagt: „Obgleich mein offizieller Gesichtspunkt ausschliesslich ärztlich ist, erlaubt die gewöhnlichste Humanität nicht, die andere Seite dieses Uebels zu ignorieren. In seinem höheren Grad bedingt es fast notwendig eine solche Verleugnung aller Delikatesse, so schmutzige Konfusion von Körpern und körperlichen Verrichtungen, solche Blossstellung geschlechtlicher Nacktheit, die bestial, nicht menschlich sind. Diesen Einflüssen unterworfen zu sein, ist eine Erniedrigung, die sich vertieft, je länger sie fortwirkt. Für die Kinder, die unter diesem Fluch geboren sind, ist er Taufe in Infamie (baptism into infamy). Und über alles Mass hoffnungslos ist der Wunsch, dass unter solche Umstände gestellte Personen in anderer Hinsicht nach jener Atmosphäre der Zivilisation aufstreben sollten, deren Wesen in physischer und moralischer Reinheit besteht.“

Auf dem letzten internationalen Bergarbeiter-Kongress in Amsterdam im Jahre 1912, auf dessen Tagesordnung auch „Die Arbeiterwohnungen und die Exmission“ zur Besprechung stand, wurde vom schottischen Delegierten Guilmore mitgeteilt, dass die von den englischen Bergarbeitern bewohnten Häuser etwa hundert Jahre alt sind und niemals repariert werden. Es seien wahre Räuberhöhlen. Der französische Delegierte Cadot sagt, dass die französischen Bergwerksgesellschaften fast vier Fünftel der Arbeiterwohnungen und -Terrains besitzen. Diese Häuser sind dort als „Boîtes à lapins“ bezeichnet. Der amerikanische Delegierte Lecky konstatierte dieselbe Sachlage für die Vereinigten Staaten.*)

Wer aber nun meint, dass die geschilderten Wohnungen den bedürftigen Bevölkerungsschichten wenigstens billig zu stehen kommen, der irrt gewaltig. Wer sich einigermaßen mit dem Wohnungsproblem beschäftigt hat, kennt das vom Berliner Statistiker Schwabe aufgestellte Gesetz, das nach seinem Entdecker Schwabe'sches Gesetz genannt wird und das lautet, dass die Mietspreise einen umso grösseren

*) Vergl. „Neue Zeit“, 32. Jahrgang, I. Bd., S. 900.

Teil des Einkommens beanspruchen, je geringer das Einkommen ist.**) In den untersten Einkommensstufen der städtischen Bevölkerung beträgt der Mietaufwand 20 — 25 Prozent, nicht selten auch 33 Prozent und darüber vom Jahresverdienst der Familie, während bei den hohen und höchsten Einkommen oft nur ein ganz minimaler Teil derselben für Miete aufgewendet zu werden braucht, — nicht selten nur einige Zehntel Prozent.

Und nicht nur das.

Wie aus vielen Wohnungsenqueten hervorgeht, ist der Mietspreis für den Kubikmeter Wohnraum — oder auch für ein Zimmer — umso höher, je kleiner und meist auch je schlechter die Wohnung ist. Ferner ist es eine weitere Tatsache, dass bei den Wohnungen von ein bis vier Zimmern der Wohnraum selbst, dann die Bodenfläche und der Luftraum umso teurer sind, je weniger Raum die Wohnung hat. Am meisten kostet der Kubikmeter Wohnraum in den Wohnungen mit ein und zwei Räumen. „Es ist eine bekannte Tatsache“, sagt C. Hugo in der „Neuen Zeit“, „dass die Elendsten der Armen am teuersten wohnen.“**)

Man könnte somit ein zweites fast ehernes Wohngesetz konstruieren, das besagt, der Mieter erhält für die höchstmögliche Mietsleistung, die ihm abgenommen werden kann, nur das Mindestmass, das Existenzminimum am Wohnungsbedürfnis.

Zu all dem kommt noch eine fortwährende Steigerung der Mieten hinzu. In Bern z. B. sind die Mietpreise von 1902 bis 1910 gestiegen: für die Einzimmerwohnung mit Küche um 30 Prozent, für die Zweizimmerwohnung um 40,6 Prozent, für die dreizimmerige Wohnung um 43,8 Prozent. Im Durchschnitt fand für Kleinwohnungen von 1 bis 3 Zimmern eine Erhöhung um 39,6 Prozent statt; für Mittelwohnungen von 4 bis 5 Zimmern um 40,9 Prozent. In Zürich stiegen die Preise von 1902 bis 1911 bei Kleinwohnungen im Durchschnitt um 41,4 Prozent und bei Mittelwohnungen um 37,7 Prozent. Das gleiche ist auch in anderen Orten zu beobachten.

Selbst die besser situierten Arbeiter, die Handwerker, kleine Händler, niedere Angestellte u. s. w. sind gezwungen, bei Mietspreisen, die einen bestimmten Teil ihres regulären Einkommens übersteigen, ihre Wohnbedürfnisse nach Möglichkeit einzuschränken. Es werden von ihnen enge, ungesunde Wohnungen ohne Licht und Luft bezogen, und selbst von diesen kleinen Behausungen suchen sie einen Teil abzuvermieten. Untervermietung, Aufnahme von Schlafgängern oder gar Zusammenleben zweier Haushaltungen in einer ohnehin beschränkten Wohnung sind die Folgen davon.

Herkner sagt in seinem Buche „Die Arbeiterfrage“: „In der Wohnung soll der Arbeiter nach schwerer Tagesarbeit, nach dem Staub,

*) Schwab stützte seine Ergebnisse auf die verschiedenen Untersuchungen, die in den 60er Jahren gemacht worden sind, besonders auf die Untersuchungen in Berlin von 1867. Aber auch jetzt bestätigen Wort für Wort die neuesten Untersuchungen seine Feststellungen. So z. B. die Erforschung der Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft Wiens, welche 1912 vom k. k. Arbeitsstatistischen Amt vorgenommen wurde. Auch hier kristallisierte sich der Satz heraus, dass, je geringer das Einkommen ist, umso mehr verhältnismässig für die Wohnung aufgebracht wird. Vergl. „Arbeiterschutz“ vom 24. März 1917.

**) Art. „Weitläufiger Städtebau und Wohnungsfrage“, Neue Zeit, XIX. Jahrgang, I. B., S. 821.

dem Lärm, der Hitze, der gesundheitsschädlichen Einwirkungen der Arbeitsstätte und Arbeitsprozesse, nach der straffen Disziplin der Fabrik Ruhe und Frieden, Freiheit und Ordnung, Reinlichkeit, Behagen im Kreise der Seinen genießen.“

Und nun halte man vor Augen das vorher Geschilderte und frage man sich: Ist in einem solchen Heim mehr als ein kümmerliches Dasein zu fristen möglich? Muss nicht der Arbeiter jede ihm sich bietende Gelegenheit benutzen, um dieses Heim zu meiden? Ruhe, Friede, Freiheit und Ordnung! Wie ist das alles in einem engen Raume möglich, in dem nicht nur die eigenen Familienglieder, sondern, wie erwähnt, sehr oft noch Fremde, sogenannte Schlafgänger, sich befinden? Muss nicht bei einem solchen Familienleben eher Zank und Hader an der Tagesordnung sein? Dass ausserdem durch die Zusammenpferchung einer grossen Anzahl von Personen beiderlei Geschlechts auf einem kümmerlichen Raume gesundheitliche Gefahren und moralische Schäden entstehen müssen, ist leicht begreiflich.

Der Zusammenhang, der zwischen Wohnung und „Sittlichkeit“ besteht, der Einfluss der ersteren auf dieselbe, ist schon zu verschiedenen Malen untersucht und geschildert worden. Und es ist im grossen und ganzen keine Uebertreibung, wenn gesagt wird, dass in solchen Wohnungen Kindersegen zur gefürchteten Last wird, Unsittlichkeit zur notwendigen Folge des fast tierischen Zusammenlebens von Familie und Fremden, die Uebertragung aller physischen und sittlichen Ansteckungsstoffe zur unvermeidlichen Ursache fortschreitender Krankheiten und verbrecherischer Neigungen. Siechtum und Entartung von Körper und Seele erzeugen sich in solch überlasteten Massenwohnungen stets von neuem in ihrem eigenen giftigen Dunstkreis.

Auch Kautsky*) meint: „Unzureichende Wohnung führt nicht bloss, wie unzureichende Nahrung, zur körperlichen Verkümmern, sondern auch zur Verkümmern der geistigen und moralischen Fähigkeiten, ja zur völligen Unterdrückung der zartesten Gefühle, die aus den intimsten Beziehungen entspringen. Wer die Schamlosigkeit und Rohheit verstehen will, die in den Verbrechervierteln der Grossstädte herrschen, dem wird die Untersuchung der Wohnungen der Lumpenproletarier reichlichere Aufschlüsse geben, als die Untersuchung ihrer Schädelformen.“

Tierische Brutalität und Schamlosigkeit, das ist meistens das Fazit der Wohnungsmisere.

Und wie steht es mit den gesundheitlichen Gefahren, die wir oben vorübergehend erwähnt haben?

Die wirtschaftliche Entwicklung hat mit einem elementaren Zwange dazu geführt, neue ursächliche Zusammenhänge für die entstehenden Krankheiten anzuerkennen. „War der Tuberkelbazillus die ausschliessliche Ursache der Tuberkulose, der Typhusbazillus diejenige der typhösen Erkrankungen, so erkannte man bald tiefgehende Unterschiede, je nach der wirtschaftlichen Lage, den Ernährungsverhältnissen, der Lebensweise, welche für die Entstehung und den Verlauf der Krankheit im Einzelfalle und ebenso für ihre Verbreitung unter weiten Schichten der Bevölkerung unmittelbar ausschlaggebend waren. Es stellte sich also die

*) K. Kautsky. Die Agrarfrage, S. 380.

Notwendigkeit einer Vermehrung der Ursachenkette um ein neues wichtiges Glied heraus, um die Betonung des Einflusses der sozialen Lage auf die Entstehung, Verbreitung und den Verlauf der Volksseuchen.“*)

Eine der Ursachen, und zwar der wichtigsten, ist auch hier wiederum die Wohnung.

Aus den bisher gemachten Ausführungen geht mit Evidenz hervor, dass das Wohnen des grössten Teils des Volkes den allereinfachsten Prinzipien der Wohnungshygiene Hohn spricht.

„Je kleiner die Wohnung, desto häufiger sind feuchte Räume“, heisst es in einer Flugschrift über Wohnungsfrage und Wohnungspolitik. „Die Feuchtigkeit einer Wohnung entspringt oft natürlichen Ursachen, wird aber vielfach auch künstlich herbeigeführt durch Kochen, Waschen und Wäschetrocknen in den Wohnräumen.“

Die Wohnungs-enquete der Stadt Bern belehrt uns, dass zu der Zeit unter 35,000 Zimmern 1705 feucht waren. Rechnet man die Zimmer, die von den Hauseigentümern selbst bewohnt waren, ab, so ergeben sich 6,4% feuchte Räume; von den Schlafzimmern allein sogar 11,2%, es heisst das mit anderen Worten, jedes neunte Zimmer war als feucht befunden. Nicht besser, oder gerade noch schlimmer sieht es in anderen Städten aus. Das zeigt z. B. die neueste Berliner Wohnungs-enquete von 1910.

Wenn nach Ansichten der Hygieniker eine feuchte Wohnung direkt tödliche Krankheiten nicht hervorruft, so sind sie jedoch alle einig in der Ansicht, dass eine solche Wohnung in schädigender Weise auf die ganze Konstitution ihrer Insassen zu wirken vermag. Allerhand anämische Zustände und Ernährungsstörungen sind ihre sichtlichen Folgen. Ein Blick auf die heranwachsende Jugend aus feuchten Wohnungen lehrt, dass sie vielfach mangelhaft entwickelt ist.

Noch schädlicher wirken die Kellerwohnungen, deren es, wie wir wissen, auch jetzt noch zu Tausenden gibt. Nach Dr. Friedel beruht die Schädlichkeit der Kellerwohnungen auf ihrem Mangel an Licht und Ventilation, auf dem Zuströmen der Bodengase zu ihnen, namentlich der Kohlensäure, und auf dem hohen Feuchtigkeitsgehalt der Wände. Die Kellerbewohner, meint er, sind einer chronischen Kohlensäurevergiftung ausgesetzt, die den Körper weniger widerstandsfähig macht gegen Krankheiten jeder Art. Die Kellerwohnungen leisten Vorschub der Entwicklung und Weiterverbreitung epidemischer Krankheiten, wie Märsen, Keuchhusten, Krupp, Diphtherie, Scharlach und Flecktyphus. Kellerbewohner sind zu Ernährungsanomalien disponiert, ferner zu Erkältungskrankheiten, zu Wechselfieber, Wassersucht, Rheumatismus, Katarrhen der Luftwege, Skrofulose, Lungenschwindsucht, Anämie, Siechtum der Kinder, Kinderdiarrhöen usw.

Dass der Aufenthalt in mit Menschen überfüllten, schlecht gelüfteten Räumen der Gesundheit schädlich ist, weiss ein jeder. Blösse der Haut, verbunden mit Abnahme der Elastizität, Störung der Darmtätigkeit und Ernährungsstörungen, die eine Abnahme der natürlichen Widerstandskraft bedingen, sind die Folgen.

Das Kapitel „Krankheit und Wohnung“ könnte ums vielfache verlängert werden, aber schon das wenig Gesagte zeigt uns, welch ausser-

*) Aus dem vierbändigen Sammelwerk „Krankheit und soziale Lage“.

ordentlich schädlichen Einfluss ein hygienisch mangelhaftes Wohnen auf den Organismus des Menschen ausübt. „So gibt es denn in der Tat kaum irgendwelche Krankheiten und Krankheitsgruppen, die nicht bei der in schlechten Wohnungen lebenden und meist wenig bemittelten Bevölkerung in höherem Masse auftreten als bei der in besseren Wohnungen lebenden, meist wohlhabenden Bevölkerung. Zahlreiche nach dieser Richtung hin aufgestellte Statistiken zeigen übereinstimmend in allen Städten, dass in denjenigen Strassen und Stadtteilen, in denen ungünstige Wohnungsverhältnisse vorliegen und in welchen sich die grösste Zahl übervölkerter Wohnungen finden, auch die höchste Sterblichkeit vorhanden ist und umgekehrt.“

So sehen wir, dass in unserer Zeit tatsächlich die Wohnung für zahllose Menschen in allen Ländern der Welt nicht ein Hort der Gesundheit, sondern eine Ursache für Krankheit darstellt.

* * *

Damit glauben wir in unseren Darlegungen an einem Punkte angelangt zu sein, von wo aus man über das Wohnungsproblem einen gewissen Ueberblick erlangen kann.

Da ist nun darauf hinzuweisen, dass man geneigt sein könnte, anzunehmen, dass wir eigentlich vor einer hygienisch-sanitarischen Frage stehen. Und in der Tat gab es denn auch Sozialpolitiker, die die ganze Wohnungsfrage lediglich von diesem Gesichtspunkte aus zu betrachten suchten. Sie hegten die Ansicht, das Uebel bestehe lediglich darin, dass die bau- und gesundheitsschädlichen polizeilichen Vorschriften ungenügend seien und hoffen, durch Aufstellung bezüglichlicher sanitärischer Grundforderungen dieses Uebel an der Wurzel packen und beseitigen zu können.

Es ist leider unmöglich, hier all die Argumente vorzuführen, welche dieser Ansicht widersprechen. Wir glauben jedoch den Gegenbeweis am besten und zugleich auf kürzester Weise erbringen zu können durch ein Zitat aus Friedrich Engels Vorwort zur 2. Auflage seiner „Lage der arbeitenden Klasse in England.“

Da heisst es:

„Die wiederholten Heimsuchungen durch Cholera, Typhus, Pocken und andere Epidemien haben dem britischen Bourgeois die dringende Notwendigkeit eingetrichtert, seine Städte gesünder zu machen, falls er nicht mit der Familie diesen Seuchen zum Opfer fallen will. Demgemäss sind die in diesem Buche beschriebenen schreiendsten Missstände heute beseitigt oder doch weniger auffällig gemacht. Die Kanalisation ist eingeführt oder verbessert, breite Strassen sind quer durch viele der schlechtesten unter den „schlechten Vierteln“ angelegt. „Klein-Irland“ ist verschwunden.

Aber was heisst das? Ganze Bezirke, die ich 1844 noch als fast idyllisch schildern konnte, sind jetzt, mit dem Anwachsen der Städte, herabgefallen in denselben Stand des Verfalls, der Unwohnlichkeit, des Elends. Die Schweine und die Abfallhaufen duldet man freilich nicht mehr. Die Bourgeoisie hat weitere Fortschritte gemacht in der Kunst, das Unglück der Arbeiterklasse zu verbergen. Dass aber, was die Arbeiterwohnungen angeht, kein wesentlicher Fortschritt stattgefunden hat, beweist vollauf der Bericht der königlichen Kommission („on the

Hausing of the Poor“) von 1885. Und ebenso in allen andern. Polizei-verordnungen sind so häufig geworden, wie Brombeeren; sie können aber nur das Elend der Arbeiter einengen, beseitigen können sie es nicht.“

So Friedrich Engels.

In der Tat! Bedeuten doch gesunde Wohnungen noch kein gesundes Wohnen. Warum das so ist, ist ganz klar: je besser die Wohnung, je mehr sie den sanitären Anforderungen entspricht, desto höher stellt sich ihr Preis. Die weitaus grosse Mehrheit der Bevölkerung ist aber nicht imstande, bei der Befriedigung ihrer Wohnbedürfnisse über einen gewissen Teil ihres Einkommens hinauszugehen. Widrigenfalls müsste sie sich Entbehrung an Nahrung und Kleidung auferlegen. *) Und wird der Unbemittelte durch die Umstände doch gezwungen, einen über seine Mittel hinausgehenden Preis zu zahlen, so bleibt ihm schliesslich nichts anderes übrig, als Aftermieter oder Schlafgänger aufzunehmen. Wird ihm letzteres aus sanitär-polizeilichen Gründen verboten, so sucht er sich vielleicht dadurch zu helfen, dass er seine Wohnung an die Peripherie der Stadt verlegt, wo ihm vorläufig das Wohnen noch nicht so teuer kommt. Da aber viele seinesgleichen denselben Einfall haben, so stellen sich alsbald auch dort die gleichen Zustände wie in der Stadt ein.

Nun könnte es so aussehen, als ob die Wohnungsfrage eigentlich eine Lohnfrage sei. Damit meinte man nicht nur dem Mietsvertrag eine Aehnlichkeit mit dem Arbeitsvertrag zuzuerkennen, was die Verfechter dieser Ansicht mit dem Satze ausdrücken: „Was der Lohnarbeiter gegenüber den Kapitalisten, das ist der Mieter gegenüber dem Hausbesitzer“. Man meinte damit auch, dass die vielfach vorhandene Niedrigkeit und Unsicherheit des Einkommens der unteren Schichten für den Umfang und die Schnelligkeit des Fortschrittes mit Bezug auf die Wohnverhältnisse als wichtige Bedingung in Betracht komme. **)

Aber auch diese Auffassung ist keine solche, die die Wohnungsmisere restlos zu erklären vermöchte.

Wir müssen uns versagen, die erhobenen Einsprüche F. Engels gegen die Gleichstellung des Verhältnisses zwischen Mieter und Vermieter mit dem zwischen Arbeiter und Kapitalisten hier voll wiederzugeben. Wir möchten nur darauf hinweisen, dass für ihn da ein ganz gewöhnliches Warengeschäft stattfindet. Dieses Geschäft wickele sich ab nach den ökonomischen Gesetzen, die den Warenverkauf überhaupt regeln, und speziell den Verkauf der Ware: Grundbesitz. ***) Aber auch den Einkommensverhältnissen der Unbemittelten ist nicht dieses Mass von Einfluss hier zuzuschreiben, wie es von manchen geschieht; und zwar schon deswegen nicht, weil unter dem heutigen System des Städtebaues — vereinzelte Pausen und Rückschläge abgerechnet — durch steigende Bodenpreise ein etwaiges Mehreinkommen stets wieder aufgesogen wird.

Wir haben gesehen, wie die moderne wirtschaftliche Entwicklung dazu geführt hat, ungeheure Menschenmassen auf relativ kleine Flächen

*) Dass der Grossteil der Bevölkerung wirklich nicht imstande ist, hohe Mietzinse zu zahlen, ist beispielsweise daraus zu ersehen, dass im Jahre 1908 von 38 Millionen der preussischen Bevölkerung bloss 435,000 Personen ein Einkommen von über 3000 Mark hatten.

**) Vergl. L. Sinzheimer, Die Arbeiterwohnungsfrage, S. 19.

***) Engels, Zur Wohnungsfrage, 2. Auflage, S. 13—14.

zusammenzuziehen, wir haben auch gesehen, wie diese Tatsache zu einem ungeheuren Wohnungsmangel führte. Die Folge davon war nun die, dass zunächst jeder irgendwie noch entbehrliche Raum in den alten Wohnungen zu Mietzwecken verwendet wurde. Die verstärkte Nachfrage in den Städten nach Grund und Boden und die grössere Ausnutzung desselben erhöhte ungemein seine Rentabilität. „Dürer Sandacker, dem vorher nur mit Mühe und Not kärgliche Ernten abgerungen werden konnten, verwandelt sich ohne besonderes Zutun seiner Besitzer in das reine Goldfeld. Während die Landwirtschaft schwer um ihre Existenz ringt, während ganze Schichten des Handwerks im Elend versinken, während der Arbeiterstand mühsam um jeden Groschen kämpfen muss und, von der Furie der Arbeitslosigkeit verfolgt, oft nicht weiss, wo er sein Haupt hinlegen kann, während Reich, Staat und Gemeinde mit immer stärker anschwellenden Schuldenlasten zu kämpfen haben — während all dies geschieht, ergiesst sich ein grosser, breiter Goldstrom von den im Wert steigenden bebauten und unbebauten städtischen Geländen.“*)

Dieser Wucher mit dem Boden führte selbstverständlich zu einem ebensolchen Wucher mit den auf ihm hergestellten Wohnungen. Und es ist nur leicht begreiflich, dass manche zu der Ansicht kommen, es sei das Wohnungsproblem eigentlich nur ein Bodenproblem, ein Kampf um den Boden. „Der Kern der Frage (der Wohnungsfrage), sagt Clemens Heiss**), ist aber, worauf meines Wissens Dr. Rudolf Eberstadt zuerst mit allem Nachdruck hingewiesen hat, zu suchen in den Bodenpreisen, der Bodenspekulation und den damit zusammenhängenden Fragen der inneren Verwaltung: des Bebauungsplanes, der Bauordnung und des Realkredites“.

Wäre somit auf irgend eine Weise möglich, der Spekulation mit dem Boden ein Ende zu machen, so würden wir uns auch leicht von der ganzen Wohnungsmisere befreien. Das klingt sehr schön. Aber ob das „wäre“ möglich sei, darauf kommt es doch vor allem an. Und diese Möglichkeit ist eben entschieden zu verneinen. Ist doch das Hochgehen der Bodenrente eine der heutigen Wirtschaftsordnung immanente und von ihr untrennbare Erscheinung. Es ist nicht eine Frage für sich, sondern ebenso wie das Wohnungsproblem selbst ein Teil der grossen, die moderne Gesellschaft so sehr beschäftigenden sozialen Frage.

So sehen wir verschiedene Theorien entstehen, von denen eine jede das einzig richtige Rezept zu besitzen beansprucht, durch das allein eine Heilung der Gesellschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens herbeigeführt werden könnte.

Wie aus allen unsern Ausführungen zu ersehen war, wäre irgend ein einzelnes Mittel, das Wohnungselend zu bekämpfen, nicht imstande. Vielmehr müssten verschiedene, einander ergänzende Massregeln getroffen werden, soll nicht eine Verschlechterung statt einer Verbesserung der Wohnverhältnisse der Schlusseffekt sein.

Aber auch dann, wenn diese Massnahmen gemeinsam durchführbar wären, so würden sie nur Palliativmittel bleiben, der Kern des

*) R. v. Mangoldt, Die städtische Bodenfrage, S. 25.

**) Wohnungsreform und Lokalverkehr, S. 7.

Problems bliebe von ihnen unberührt. In seiner Totalität würde es erst dann seine Lösung finden, wenn die heutige, auf Privateigentum aufgebaute Gesellschaftsordnung einer höheren gewichen sein wird.

Dass eine derartige Problemstellung den Glauben an dieersprießlichkeit gelegentlicher oder gar auf privater Wohlfahrt beruhender Massnahmen ausschliesst, ist klar. Das soll uns jedoch nicht zu einer pessimistischen Stimmung verleiten, am allerwenigsten zu derjenigen des *lasciate ogni speranza*.

Und selbst wenn wir der Ansicht sind, dass auch durch die Kommune allein das Wohnungsproblem nicht erheblich gelöst werden kann, so sind wir dennoch gewiss, dass eine zielbewusste, planmässig durchgeführte Sozialpolitik, eine Politik, die auf das Wohl der breiten Massen gerichtet ist, ungemein vielersprießliches in dieser Beziehung schaffen kann.

Heute wird die Produktion — auch die Wohnungsproduktion — organisiert, nicht um Kulturwerte zu schaffen, nicht um Gebrauchsgüter zu produzieren, die Kulturbedürfnisse befriedigen, sondern für Güter, für die der Abnehmer einen Preis zahlt. Nicht die Kulturzwecke des Gutes treiben zur Produktionsunternehmung, sondern der Erwerbszweck, die Möglichkeit zu verdienen. Es soll aber die Aufgabe der Gemeinschaft sein, den Erwerbszweck durch den Gebrauchszweck zu ersetzen. *) Auch aus dem Gebiet des Wohnungswesens muss die Erwerbszweckmethode verdrängt und durch die Gebrauchszweckmethode ersetzt werden. Das aber ist nur möglich, wenn Staat und Kommune den Wohnungsbau nicht als Privatsache des Einzelnen betrachten, sondern als eine eminent wichtige, im Lebensinteresse der Gemeinschaft liegende Sache zu behandeln sich gewöhnen werden.

Engels sagte einst: „Wenn ein einzelner einem andern körperlichen Schaden tut, und zwar solchen Schaden, der dem Beschädigten den Tod zuzieht, so nennen wir das Totschlag; wenn der Täter im voraus wusste, dass der Schaden tödlich sein würde, so nennen wir seine Tat einen Mord. Wenn aber die Gesellschaft Hunderte von Proletariern in eine solche Lage versetzt, dass sie notwendig einem vorzeitigen, unnatürlichen Tod verfallen . . .“, so ist das ebenso gut Mord, wie die Tat der einzelnen, nur versteckter, heimtückischer Mord, ein Mord, gegen den sich niemand wehren kann, der kein Mord zu sein scheint, weil man den Mörder nicht sieht, weil alle und doch wieder niemand dieser Mörder ist, weil der Tod des Schlachtopfers wie ein natürlicher aussieht . . .“

Diese wie Geisseln wirkenden Worte können mit eben solchem Recht auf das Grossteil der jetzigen Wohnverhältnisse angewendet werden, wie auf die gesamte Lage der proletarischen Bevölkerung. Möge nun die Gesellschaft danach trachten, diesen Vorwurf von sich abzuwenden; möge sie aus ihrem Schlummer aufgerüttelt werden und endlich begreifen, welche Gefahren der hier geschilderte Zustand für sie birgt und danach handeln.

*) Vergl. H. Wagner-Roemenich, Wohnungsfrage u. Antikapitalismus, S. 9.

ADOLF STOCKSMAYR: SPIEL- UND ÜBUNGSPLÄTZE FÜR KINDER.

SOBALD wir uns irgendwie vor die Aufgabe gestellt sehen, die Grundbedingungen und Verhältnisse des Menschenlebens schöner, leichter, besser zu gestalten, finden wir beim Erwägen der besten Wirksamkeit solcher zu leistender Arbeit sehr bald, dass im Reich der Kinder die stärkste Aufnahme- und Anpassungsfähigkeit besteht. Bei ihnen lohnt sich die angewandte Mühe am allerbesten. Die Erwachsenen sind meist in ihrer Art schon mehr gefestigt, verhärtet, durch lange Uebung und Gewöhnung, Werte sowohl wie auch Fehler sind so innig verwachsen und verwoben mit dem Bau und der Einrichtung des Organismus, dass es selbst klarer Einsicht, gutem Willen und ausdauernder Selbstbearbeitung oft nicht gelingt, gründliche und haltbare günstige Aenderungen zu erreichen. Dagegen vermag die Weichheit der jugendlichen Triebkräfte aus neuen, günstigeren Lebens- und Wuchsbedingungen durch raschere und leichtere Anpassung ganz bedeutend mehr Kraft zu gewinnen. Daher ist das Schaffen günstiger Lebens- und Werdegrundlagen für die Kinder und die Jugend die beste Anwendung gewonnener Erkenntnisse und Ideale.

In der Stadt ist an Spiel- und Sportplätzen für Erwachsene, für die Mitglieder der Turn- und verschiedenen Sport-Vereine kein Mangel. Für die Kinder dagegen ist verhältnismässig wenig gesorgt. Diese sind darauf angewiesen, sich selbst entsprechende Plätze ausfindig zu machen. Wo sich ein freier Platz findet, der meist oder doch zeitweise weniger Verkehr hat, da finden sich die Kinder der Nachbarschaft zum Spiel zusammen. Doch der Platz wird verbaut und die frohe Schar sieht sich wieder um ihr bescheidenes Paradies gebracht. In der Gasse mit regem Verkehr bildet sie ein Hindernis, und der Verkehr bedeutet wieder für sie eine Gefahr. Viele Städte haben in Anbetracht dieser Verhältnisse bei Parkanlagen besondere Spielplätze eingegliedert. In der bescheidensten Form nur eine Wegerweiterung mit einigen Bänken, vielfach anschliessend an einen Brunnen oder ein Denkmal. Hie und da ist man auch weiter gegangen und hat für die Kinder Geräte beschafft: Sandkiste, Schaukel, einiges Turngerät. Beobachten wir die Kinder bei ihren Spielen, so ergibt sich, dass mit diesen Mitteln nur einigen und auch da nur für kurze Zeit Freude zu bringen ist. Zu vielen Ballspielen sind erwünscht, ja nötig: glatter Boden und glatte Mauern. Diese finden sich in asphaltierten Strassen, weshalb die Kinder, die gern Ball spielen, die Mädchen vorab, trotz allen Verbotes der Eltern, trotz der Scheltworte gestörter Passanten sich dort immer wieder vergnügen. Zum Versteckenspielen eignen sich dichte Hecken und Gebüsch, Gräben, Mauern, Holzstösse, Baumaterial, Lager und dergl. Immer werden die Kinder das aufsuchen, was ihrer Absicht möglichst entspricht. Ein Spielplatz, der absichtlich und mit der Bestimmung, den Kindern recht viel Erwünschtes zu bieten, angelegt wird, kann diesen Forderungen entsprechen. Ausser den für Spiele nötigen Grundlagen kann noch manches hinzugefügt werden, was der Entwicklung der Kinder förderlich ist. Von dem, was die Grossen Schönes, Wertvolles haben, ist den

Kleinen in bester Auswahl zu geben; denn für die Kinder soll das Leben, wenn möglich, schöner werden als für uns. Sie sollen mehr können, damit ihre Wahl einer nützlichen Tätigkeit im Organismus der Menschheit freier sei. Damit ihr Tun mehr ihrem Wesen entspreche, damit sie die Dinge zu behandeln verstehen, müssen sie mit den Dingen in Berührung kommen. Das sagt auch das gute Wort: be - han - deln. Diese Berührung soll ihnen leicht gemacht werden. Auch die individuelle Veranlagung will und könnte sich sehr oft schon recht früh zeigen und entfalten, wenn durch reiche, vielseitige Betätigung der Boden dafür bereitet wird. Je eher solche besondere Kraft sich offenbart und je andauernder sie bei lebendiger Wirksamkeit in einem, wenn auch kleinen Kreise sich entwickeln kann, umso mehr Aussicht ist vorhanden, dass sie sich zu hoher Vollkommenheit steigern werde. Es seien darum hier einige Andeutungen über die Einrichtung von Spiel und Uebungsplätzen gegeben, wobei wir vom Einfachsten und Nötigsten zum Höheren, Schöneren und Edleren vorgehen.

1. Der Boden. Möglichst bewegt und reich gegliedert. Ein oder mehrere Plätze von verschiedener Grösse und Oberflächenbeschaffenheit: Ein Platz mit kurzem, festem Rasen für Laufspiele und Fangball. Ein anderer mit ganz glattem Beton, Holzstöckel, festgestampftem Lehm, Asphalt. Für Springball, Kreisel, Kugelspiel und dergl. kann ein in sich selbst zurückkehrender Weg ausgebaut werden. Dann ein Platz zum Graben, Bauen und dergleichen Betätigung der Schaffenstrieb. Als Material, soweit die Erde solches liefert: verschieden grosse Steine, Kies-, Sand- und Erdhaufen.

2. Die Bepflanzung. Wenn nicht schon Bäume und Gesträuch vorhanden sind, so erfolgt Neupflanzung oder Ergänzung durch Zwischenpflanzung. Hecken in günstiger Gruppierung an Gräben, Wegelchen, Böschungen, Bach- und Teich-Ufern für Versteckenspiel. Geeignete Bäume mit reicher Astbildung vom Boden auf dienen zum Klettern und Turnen. Blumen und Ziersträucher als Augenfreude und zur Uebung; kleine Gärtchen, daran sich Gerätehäuschen anschliessen mit den zur Bearbeitung nötigen Werkzeugen. Eine botanische Abteilung kann die wichtigsten heimischen und ausländischen Pflanzen in Gruppen mit Namen und Bezeichnung wichtiger Merkmale bringen. Wenn möglich, schliesst sich daran ein Pavillon mit einigen Sammlungen: Blattformen, Blüten, Samen, Früchte, Gall- und andere Missbildungen, Krankheitserscheinungen der Pflanzen, Knospen. Wasserpflanzen. Anschliessend und damit teils im Zusammenhang:

3. Zoologische Abteilung. Aquarium, Terrarium, Vogelhaus, Winterfutterplatz für Vögel. Kleinere Säugetiere frei laufend in grösserem umhegten Garten. Rehe, Kaninchen, andre in Käfigen mit genügend Bewegungsmöglichkeit.

4. Sehr wichtig ist Wasser in verschiedenen Formen: als Quell, als Tröpfel- oder Springbrunnen, Bächlein, Wasserfall, Teich, Bassin von ganz allmählich zunehmender Tiefe, dass es den Kindern gut möglich ist, da herumzuwaten, vielleicht auch zu baden; hiefür Laubhütten am Ufer zum Entkleiden. Im Winter sind die flachen Becken für Schlitteln und Eislauf zu nützen. Das Bächlein mit Steinen und Sand, auch Lehm, zu Wasserbauten, die sich die Kinder selbst machen.

5. Ebenso wichtig ist, dass die Kinder sich in innige Verbindung mit Licht und Luft und den Pflanzen setzen können. Also Sonnen- und Luftbad anschliessend an Wasser für Vollbad, Waten und Ueberguss. Es ist gar nicht nötig, dass die Kinder nackt herumlaufen. Man kann auch in leichten, hellen, porösen Kleidchen von den Sonnenstrahlen und Luftwerten aufnehmen.

6. Die bekannten Turngeräte, wie Balken, Barren, Reck, Kipp- und Hängeschaukel, Rundlauf, teils eingebaut in Bäume, teils gesondert aufgestellt, sind zu ergänzen, ja sie erübrigen sich zum Teil durch Errichtung und Einrichtung von Werkstätten für Stein-, Metall-, Holzbearbeitung, wenn auch natürlich nur in primitiver Weise. Ziel ist dabei zunächst Bedarf des täglichen Lebens: Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gerät herzustellen für Selbstgebrauch, Ausstellung und Verkauf, für Verbesserung der Einrichtung der Werkstätten und Spielanlagen selbst oder sonst einen öffentlichen Nutzen. Ein entsprechendes Materiallager, sowie Räume zum Aufstellen der vollendeten Arbeiten müssten sich hier angliedern. Das wichtigste der einzelnen Handwerke kann da geübt werden: was Maurer, Zimmermann, Schlosser, Schreiner, Töpfer, Schuster, Schneider, Bauer, Gärtner, Bäcker, Koch tun; alle lebenswichtigen Verrichtungen werden geübt und also kräftig erlebt.

7. Für die feinere Ausbildung der Sinne kann gesorgt werden durch gute Ordnung, durch schöne Form in Anlagen, Gebäuden, Gerät, durch gute Vorträge und Musik. Für Ernährung und Erfrischung sorgt eine Art Speiseraum mit Lauben, wo besonders frische und getrocknete, sowie sterilisierte Früchte, dann Brot, Milch, Honig gegeben werden. Planmässige Führung, Aufsicht, Regelung der Uebungen und Feste.

8. Für Ruhe und Erholung: Bänke, Ruhe- und Aussichtsplätzchen, von wo man den Spielen der anderen zusehen kann, andere wieder von Grün ganz eingeschlossen und versteckt. Aborte so, dass nicht allzuweit zu laufen ist. Einrichtung für erste Hilfe bei Unfällen. Zettelkästen für Wünsche, Fragen, Beschwerden.

9. Gebäude für Verwaltung, Führung und Aufsichtspersonen. Einrichtungen und Anlagen für erwachsene Begleiter der Kinder, wie: Wartehalle, Lesezimmer, Zuschauerpromenade mit Ausblicken auf die Spiel- und Übungsplätze.

Weg und Werden: Dies nun wäre vom Einfachen bis zum Reichhaltigen und Vielseitigen eine Uebersicht des zu Schaffenden, um gesundes, fröhliches Gedeihen der Kinder zu erzielen. Es lässt sich etwas davon durch jede, auch die kleinste und ärmste Gemeinde verwirklichen; mag die verfügbare Summe auch sehr gering sein, für einige einfache Geräte und Bestimmung eines geeigneten Platzes für Spiele wird sie stets reichen. Ja sogar ohne Geld wird es oft möglich sein, das eine oder andre von dem Gesamtplan zu verwirklichen. In Schuppen, Speichern, Kellern, auf Lagerplätzen und Höhen findet sich so mancherlei an tot liegendem Material: Steine, Ziegel, Kisten, Bretter, Stangen, Blech, Draht, welches zu Uebungen und Versuchen für die Jugend sehr dienlich sein könnte. Es findet sich da und dort ein geeignetes kaum genutztes Grundstück, das für den gedachten Zweck mit einiger freiwillig geleisteter Arbeit leicht hergerichtet werden kann.

Auch Menschen, die zu solchen Gaben und solchem Helfen gern bereit sind, gibt es gewiss allerorten einige; es wird sich nur darum handeln, sie zu sammeln. In einer Stadt, wo viele Kinder wohlhabender Eltern leben, kann für den Besuch gut eingerichteter Spielplätze sehr wohl ein entsprechender Betrag erhoben werden, so dass hierdurch schon ein Teil der Kosten gedeckt ist. Bei einigermaßen sorgfältiger und verständiger Führung wird es auch möglich sein, Einnahmen durch Ausstellung und Verkauf der in den Werkstätten hergestellten Arbeiten zu erzielen, soweit solche über den Bedarf für die Anlagen selbst erzeugt werden. Die fortschreitend verbesserte Einrichtung macht die Selbsterhaltung des ganzen Betriebes immer sicherer. Werden durch eine solche Neuerung wichtige Kräfte, die bisher durch Ungunst der Verhältnisse und Methoden in den Kindern untätig sein mussten, geweckt und ihnen geeignete Gelegenheit zur Betätigung geboten, so wird bald ein frohes Blühen und Wachsen des Unternehmens zeigen, dass hier der menschlichen Natur entsprechend vorgegangen wird. Gerade zu dem noch immer in der Hauptsache abstrakten und theoretischen Lernstoff der öffentlichen Schulen bilden solche Spiel- und Übungsplätze mit Werkstatteinrichtungen eine notwendige harmonische Ergänzung, bis die noch wertvollere Verschmelzung von Theorie und Praxis in einer Zukunftsschule sich endlich vollzieht, welche die Kinder in den Reichtum des wirklichen Lebens und Schaffens der Natur und der Menschheit einführt.



CHRONIK SOZIALER REFORM.



IN sozialpolitischer Musterbetrieb. (Die gesetzlichen und freiwilligen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen im Betriebe der Berner Chocolate-Fabrik Tobler & Co., A.-G., Bern.)

Die Tobler-Gesellschaft besitzt Betriebe in Bern, Lugano, Turin und Luserna, San Giovanni (Piemont); ausserdem eine eigene Milchsiederei und ein alliiertes Holzsägewerk in Schwarzenburg. In diesem weitverzweigten Unternehmen finden ungefähr 2500 Arbeiter beiderlei

Geschlechts ihren Lebensunterhalt, und von diesen entfallen auf das Berner Stammhaus rund 1000 Arbeitskräfte.

Neben dem zur Ermöglichung von Einkäufen und zur Erledigung gewisser Hausarbeiten freigegebenen, bezahlten Samstag-nachmittag, welchen die Firma ihrer Arbeiterschaft schon seit Jahren gewährt, besteht in Angliederung an die Fabrik-Krankenkasse ein segensreich wirkender Wöchnerinnenfonds, aus welchem ohne Rücksicht auf den

Zivilstand den Wöchnerinnen ein fester Betrag von gegenwärtig Fr. 75.— (früher Fr. 40.—) für jede Niederkunft bezahlt wird. Die von der Gesellschaft subventionierte Betriebskrankenkasse gewährt dem erkrankten Mitgliede vom 5. Krankheitstage an ein Krankengeld in der Höhe des halben Tagelohnes, sowie Ersatz der Arzt- und Arzneikosten. Ein eigener Sanitätsdienst mit geschultem Personal und speziellen Einrichtungen ist vorgesehen zur Aufnahme und kurzen Behandlung von Leichtverunglückten oder Pflegebedürftigen. In schweren Fällen tritt die Unfallversicherung in Funktion, die bisher der Privat-Initiative überlassen, nunmehr der Eidgenössischen Unfallversicherungsanstalt in Luzern unterstellt werden wird. Die ebenfalls mit der Krankenkasse verbundene Sterbekasse zahlt bei Todesfall von Mitgliedern den Hinterbliebenen eine den Verhältnissen entsprechende Summe aus.

Fallen die genannten Einrichtungen mehr oder weniger in das Gebiet des Arbeiterschutzes, wie er zum Teil von Gesetzeswegen verlangt wird, so entfaltet die Gesellschaft nicht minder auf dem Gebiete der freiwilligen Arbeiter - Wohlfahrtspflege eine reiche Tätigkeit.

In einer vorzüglich eingerichteten und unter fachkundiger Leitung stehenden Küchen- und Speisesaal-Einrichtung, verbunden mit Lesegelegenheit, findet die Arbeiterschaft zum Preise von nur 55 Rp. eine nahrhafte, gut gekochte Mittagsmahlzeit, bestehend aus Suppe, Fleisch, Gemüse und Brot. Frühstück und Abendessen werden mit je 20 Rp. berechnet.

In Verbindung damit steht ein Logierhaus, in welchem in sauberen und luftigen Sälen und Zimmern hygienisch einwandfreie

Schlafstellen zu dem äusserst bescheidenen Preise von 30 Rp. pro Bett und Nacht den Arbeiterinnen der Fabrik zur Verfügung stehen. Eine Arbeiterin, welche im Heim Kost und Logis nimmt, hat in 14 Tagen Fr. 9.80 = Fr. 0.70 per Tag zu zahlen. Sie erhält dafür Logis, Frühstück und Abendessen. Das Mittagessen wählt sich jeder nach Belieben. Für Fr. 1.25 per Tag = Fr. 37.50 per Monat erhält eine Arbeiterin im Heim vollständige Kost und Logis. Es ist klar, dass diese Einrichtung bei derartigen Miniaturpreisen ohne ganz bedeutende jährliche Zuschüsse seitens der Firma nicht auf die Kosten käme.

Von grosser praktischer Bedeutung ist auch die mit Heim und Küche verbundene Haushaltungsschule für die jugendlichen Arbeiterinnen, die neben dem festangestellten Heim-Personal abwechselungsweise in die Geheimnisse von Küche und Haushalt eingeführt werden. Während dieser Zeit erhalten die Mädchen ihren Normalstundenlohn.

Sparsamen Arbeitern ist Gelegenheit geboten, ihre Ersparnisse zu besonders günstigen Bedingungen bei der Gesellschaft anzulegen.

Die Tobler-Gesellschaft gehört zu den wenigen industriellen Betrieben der Schweiz, welche dem sesshaften und fleissigen Arbeiter die Wohltat einer jährlichen Ausspannung gewährt. Die Direktion hat zu diesem Zweck ein eigenes Ferien-Reglement ausgearbeitet, dessen Grundbestimmung lautet: „Arbeiter und Arbeiterinnen, die mindestens 6 Jahre in der Fabrik tätig sind, haben von diesem Jahre an Anspruch auf jährlich eine Woche bezahlter Ferien“. Die menschenfreundliche Wirkung gerade dieser Institution wird von

der Arbeiterschaft dankbar anerkannt.

Einen grossen Schritt tat die Geschäftsleitung, indem sie erstmalig für das Jahr 1915 das Problem der rationellen und gerechten Beteiligung der gesamten Arbeiterschaft und des gesamten Personals am Gewinn zur Verwirklichung brachte und dadurch die scheinbar divergierenden Interessen von Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammenführte. Gerade durch diese Einrichtung muss das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Gemeinschaft der Interessen mit dem Unternehmen in hervorragendem Masse gestärkt werden. Der Ausgangspunkt für die Gewinnverteilung an die Arbeiterschaft für das vergangene Jahr bildete der wirklich verdiente Bruttolohn eines jeden Arbeiters, wobei je nach der Dauer der Dienstzeit (unter 2 und über 2 Jahre), aber ohne Rücksicht auf das Geschlecht, bestimmte Promillesätze berechnet wurden und Gewinnanteile in Höhe von Fr. 20.— bis zu Fr. 135.— an die einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen zur Auszahlung gelangten.

Jahr für Jahr ist die Verwaltung des Unternehmens bestrebt gewesen, von sich aus die Wohlfahrt ihrer Arbeiterschaft zu fördern. Die Krönung der bisherigen Entwicklung aber bildet die auf der diesjährigen Generalversammlung genehmigte Errichtung eines Arbeiter-Hilfsfonds, welcher erstmalig mit Fr. 100 000 dotiert wurde. Aus den Zinserträgen dieses mit der Zeit zu erhöhenden Hilfsfonds sollen in Not geratene Arbeiter und Arbeiterinnen unterstützt, Stipendien für die berufliche Ausbildung talentierter Arbeiterkinder verabfolgt und eventuell die Grundlage zu einer Pensionskasse geschaffen werden.

Der mit der Dauer des Krieges immer fühlbarer werdenden Teuerung der Lebenshaltung suchte die Betriebsleitung sukzessive zu begegnen in erster Linie durch Erhöhung der Normal-Stundenlöhne, die sich für jugendliche Arbeiter im Alter von 16—18 Jahren zwischen 30 und 40 Rp., für ältere Arbeiter zwischen 40 und 60 Rp. halten, und bei den Arbeiterinnen mit 25, beziehungsweise 30 und 38 Rp. per Arbeitsstunde begrenzt sind. Regelmässige, nach 600 Arbeitsstunden = $2\frac{1}{2}$ Monat erfolgende Lohnaufbesserungen sorgen für die Regulierung der Löhne im Einzelnen. Diese Ansätze sind garantierte Mindestlöhne bei Zeitarbeit. Bei der stark begehrten Akkordarbeit finden sich durchwegs Tagelöhne von 5—6 Franken auf der Frauenseite und 6—12 und mehr Franken auf der Männerseite. Wohlgemerkt handelt es sich dabei in der Hauptsache um ungelernte, beziehungsweise im Betriebe selbst angelernte Arbeiterschaft. Für gelernte d. h. fachgebildete Arbeiter und eigentliche Berufsleute sind Stundenlöhne von 55 bis 80 Rp. in Geltung. Für Ueberstunden werden 25% und für Nachtarbeit 50% Lohnzuschlag verabfolgt.

In ganz besonderer Weise aber hat die Betriebsleitung dem Ernst der Zeit Rechnung getragen durch Gewährung von regelmässigen, ausserordentlichen Teuerungszulagen: zunächst 7 Rp. per Stunde und vom 1. Juli d. J. hinweg 10 Rp. per Arbeitsstunde. Das macht auf den $10\frac{1}{2}$ stündigen Arbeitstag berechnet Fr. 1.05 und per Jahr zu 300 Normalarbeitstagen die hübsche Summe von Fr. 315.— für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin.

Um der wehrpflichtigen Arbeiterschaft, und namentlich den Verheirateten unter ihnen, die Sorge für den Lebensunterhalt ihrer Fa-

milien während der Dienstzeit zu erleichtern, gewährt die Gesellschaft eine Militär-Zulage von 10% des effektiven Lohnes. Der unverheiratete Arbeiter erhält danach während seiner Dienstzeit 10%, und ein Familienvater für sich, Frau und z. B. 5 Kinder 70% seines Normal-Lohnes ausbezahlt, ohne Rücksicht auf den Sold.

Die von der Verwaltung an Hand genommene Versorgung der Arbeiterschaft mit guten und billigen Lebensmitteln (Lieferung von Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Reis, Maismehl, Kastanien etc., desgleichen die Abgabe der eigenen Produkte, Kakao und Schokolade zu Engrospreisen) gehört ebenfalls mit in dieses Kapitel.

Das alles sind Leistungen, die neben dem tatsächlichen Arbeitsverdienst ganz bedeutend in die Wagschale fallen und die nicht übersehen werden dürfen, wenn man sich ein wirklich zutreffendes Bild von der tatsächlichen Lage der Arbeiterschaft verschaffen will.

Zu den Wohlfahrtseinrichtungen im engeren Sinne kann man sehr wohl auch noch die rationelle Einteilung der Arbeitszeit rechnen, bei welcher auf die spezifischen Erfordernisse der Arbeiterbevölkerung gebührend Rücksicht genommen wird. So halten wir es z. B. für eine sehr vernünftige und notwendige Massnahme, dass die weibliche Arbeiterschaft aus häuslichen Erwägungen eine längere Mittagspause erhält als die männliche.

Eine Art indirekte Fürsorge-Tätigkeit liegt endlich in den Bestrebungen der Verwaltung für die möglichste Verbreitung des Akkord-Systems. Diese Lohnverrechnung ist an sich nur möglich auf der Grundlage eines durchaus gerecht bemessenen, beweglichen

Stundenlohn-Systems und genügender praktischer Erfahrung.

Die Wohltat des sozialen Gesetzes, wonach der höhere Lohn die natürliche Folge grösserer Leistungsfähigkeit sein soll, sucht die Betriebsleitung dem Arbeiter dadurch zu vermitteln, dass sie ihm technische Einrichtungen von höchster Vollkommenheit zur Verfügung stellt, zugleich auch um dadurch seine physische Kraft nach Möglichkeit zu schonen.

Durch Abgabe von Prämien für besonders gute Leistungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht, sowie für Anregung von Betriebsverbesserungen aus den Reihen der Arbeiterschaft, sucht die Verwaltung das Interesse des Arbeiters an seiner Tätigkeit noch weiter zu beleben. Das Bestreben geht dahin, den Arbeiter seine Arbeit lieben zu lehren, damit er Befriedigung darin find.

Alle diese Einrichtungen sind nach und nach entstanden, nicht etwa aus philanthropischen Erwägungen, sondern aus dem wissenschaftlicher Einsicht entspringenden Gedanken, dass die Förderung der Arbeiter-Wohlfahrt im eigensten Interesse des Unternehmens selbst gelegen ist, und dass die Zukunft derjenigen Industrie gehört, die es beizeiten verstanden hat, ihre menschlichen Arbeitskräfte durch eine wohlüberlegte Sozial-Politik zu heben und zu schützen. Von diesem Gesichtspunkte aus empfindet der Unternehmer seine Aufwendungen für Arbeiter-Wohlfahrtsw Zwecke auch nicht als unproduktive Auslagen und letzten Endes kommen beide Teile dabei auf ihre Kosten, der Empfangende sowohl wie der Gebende.



Wissenschaftliche Vorarbeit für eine künftige, internationale Rechtsordnung.

Mehrere Verbände haben sich im Verlaufe der drei Kriegsjahre mit den Problemen völkerrechtlicher Reform beschäftigt, aber keiner derselben hat ein so umfassendes wissenschaftliches Dossier ausgearbeitet, wie die Haager Zentralorganisation für Dauerfrieden unter Leitung ihres verdienstvollen Generalsekretärs Dr. de Jong van Beek en Donk. Dieselbe beabsichtigte auch auf dem Wege mündlicher Verhandlung, auf einem nach Bern einzuberufenden internationalen Studienkongress, die Ansichten über die Einzelprobleme völkerrechtlicher Reform zu klären. Da sich eine derartige Plenarversammlung aus verkehrstechnischen Gründen derzeit als undurchführbar erwies, wurden statt dessen mehrere Studienkommissionen begründet, deren jede sich mit einer Einzelfrage (so mit den „völkerrechtlichen Sanktionen“, der „Abrüstungsfrage“, der „Fortentwicklung der Haager Konferenzen“) zu befassen hat. Der Vorsitz wird stets von einem Gelehrten eines neutralen Landes geführt, die Beisitzer werden auch aus den kriegführenden Ländern entnommen. Ein Teil ihrer Beiträge wurde in extenso veröffentlicht, andere sollen im Wesentlichen als Material für die zusammenfassenden Referate der Kommissionspräsidenten dienen.

Unter den Persönlichkeiten, welche Beiträge lieferten, seien genannt:

Prof. Schücking, Marburg und Prof. Hull, London (über Ausbau des Haager Werkes); Reichstagsabgeordneter Bernstein (über parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Politik); Mgr. Dr. Alexander Giesswein, Budapest (über Organisation der zwischenstaatlichen Beziehungen); Prof. Rignano (über Schaffung eines europäischen Bundesrates); Hofrat Lammach, Salzburg (über die friedliche Regelung internationaler Konflikte); Dr. Alfred H. Fried (über die internationale Kooperation als Grundlage internationaler Rechtspflege); Dr. W. H. de Beaufort, früherer holl. Minister des Auswärtigen und Prof. Dr. R. Broda (über die Rüstungsbeschränkung); Dozent Dr. Jaszi, Budapest (über das Nationalitätenproblem.)



Sparkassen an der Front. Der russische Finanzminister hat ein Projekt ausgearbeitet, demzufolge an der russischen Front hundert Sparkassen eingerichtet werden sollen.

Besondere Angestellte werden die Funktionen dieser wandernden Kreditanstalten, die regelmäßig von einem Armeekonzentrationspunkt zum andern reisen werden, ausüben. Für Offiziere und Soldaten werden also diese Sparkassen, die das Geld einsammeln, das sie ihnen anvertrauen wollen, leicht erreichbar sein.

